

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Gruppenstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen, Sigmundstraße 14, Hauptstraße 140, sowie durch alle Anzeigen zu beziehen. Postpreis freibleibend! Für die Woche vom 24. bis 30. September 10.000.000 M.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verlags- und Anzeigenschloß: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je 1000 Zeichen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 700000 M., auswärtig 800000 M., Anzeigen unter Text 2400000 M., ausm. 3200000 M., Stellenangebote 2200000 M., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungs- und Wahnreden-Anzeigen 2400000 M., kleine Anzeigen pro Wort 60000 M., das feste Wort 60000 M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 (sowie in sämtlichen Zweigstellen) abgegeben werden.

Seid wachsam und bereit!

An die Partei!

Deutschland steht vor schwersten außen- und innenpolitischen Entscheidungen. Der passiv Widerstand, den die Bevölkerung des Ruhrgebiets neun Monate lang gegen fremde Gewalt aufrecht erhalten hat, mußte abgebrochen werden. Außenpolitisch steht die Reichsregierung, in der die Sozialdemokratische Partei vertreten ist, vor den Entscheidungen über die Herbeiführung vertragsmäßiger Zustände in dem besetzten Gebiet und vor der Verhandlung von Vorschlägen zur Lösung der Reparationsfrage. Innenpolitisch bereitet die Regierung Maßnahmen vor, die uns wieder zu geordneten Verhältnissen führen sollen.

Seitens hat das deutsche Volk vor so schwerwiegenden Entscheidungen gestanden wie in diesen Tagen. In dieser Zeit aber, in der alle, die zu Volk und Staat halten, alle Kräfte sammeln müßten, um denen zu helfen, die die deutsche Republik und die deutsche Wirtschaft vor dem Verfall bewahren wollen, setzen die Reaktionskräfte aller Richtungen zu einem Stoß gegen die deutsche Republik an. In München, seit langem Sammelplatz aller in Nationalismus weiterführenden großdeutschen Militärs und blamawellen Partikularen, hat die bayerische Regierung wegen der drohenden Gefahr des Bürgerkrieges Herrn von Kahr, einen ausgesprochenen Feind der Sozialdemokratie, zum General-Kommissar ernannt und Verordnungen erlassen, die in die Verfassung des Reichs eingreifen. Die Reichsregierung hat zur Wahrung von Recht und Verfassung ihre Maßnahmen getroffen. Sie hat über das Reich den Belagerungszustand verhängt. Die Reichsregierung wird gegen jeden, der die Verfassung der Republik zu verletzen versucht, ihre Machtmittel anwenden. Wir müssen wünschen, daß ihr das voll gelingt. Denn niemand würde die deutsche Republik für gesichert halten, wenn sie nicht den Beweis lieferte, daß sie derer Herr wird, die ihren Bestand gefährden.

In Bayern geben die Rechtsradikalen das Signal. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in den nächsten Tagen die „böhmischen“ Volkserbverderber auch in anderen Teilen des Reiches ihr zersetzendes Werk zu beginnen versuchen. Die Parteigenossen haben diesen Vorkreuzungen ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken. In gewohnter Disziplin müssen sie bereit sein, zu folgen, wenn die Partei sie ruft. Aber auch nur, wenn die Partei sie ruft! Die Parteileitung wird in steter Fühlung mit der Reichsregierung und mit den Organisationen bleiben, die bereit sind, die Republik zu schützen. Deshalb muß jede Sonderaktion unbedingt unterbleiben. Jedes Gegeneinanderarbeiten muß unter allen Umständen vermieden werden. Es gilt, Disziplin zu üben. Nur so wird es möglich sein, den Ansturm der Feinde des heutigen Staates abzuwehren.

Die Arbeiterklasse wird die deutsche Republik zu verteidigen wissen, sobald der Ruf der Partei an sie ergeht. In diesem Sinne heißt die Parole: Bereit sein!

Berlin, 27. September 1923.

Der Vorstand der SPD.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion.

Aufhebung aller Ruhrverordnungen.

In einer Sonderausgabe des Reichsgesetzblattes ergeht heute folgende Verordnung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung über die Aufhebung der aus Anlaß des Ruhereintrittes erlassenen Verordnungen vom 26. September 1923:

§ 1. Die nachstehend aus Anlaß des Ruhereintrittes erlassenen Verordnungen werden hierdurch aufgehoben. Verordnung auf Grund des Notgesetzes (Schutz der Finanzen und Währung) vom 18. März 1923, Reichsgesetzblatt I, Seite 188; Verordnung auf Grund des Notgesetzes (Schutz der Finanzen und der Währung) vom 29. März 1923, Reichsgesetzblatt I, S. 234; Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48, Abs. 2, der Reichsverfassung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen vom 3. März 1923, Reichsgesetzblatt I, S. 159; Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 17. April 1923, Reichsgesetzblatt I, S. 251; Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. August 1923 auf Grund des Artikels 48, Abs. 2, der Reichsverfassung zur Ergänzung der Verordnung vom 3. März 1923, Reichsgesetzblatt I, S. 79.

§ 2. Der vorstehende § 1 tritt mit Wirkung vom 26. September 1923 ab sofort in Kraft.

Hausdurchsuchung bei den Deutschvölkischen.

Die Berliner Polizei hat in den letzten Tagen mehrfach Verhaftungen wegen begründeten Verdachts des Hochverrats vorgenommen. Zu einem positiven Ergebnis führten diese Verhaftungen bisher nicht. Auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern fand am Donnerstag eine Durchsuchung in den Räumen der ehemaligen Deutschvölkischen Freiheitspartei statt. Es bestand nämlich der dringende Verdacht des heimlichen Fortbestandes dieser Partei. Während der Hausdurchsuchung hat der deutschvölkische Abgeordnete von Graefe den Reichstagspräsidenten um Schutz, der ihm telefonisch zugesagt wurde. Die Hausdurchsuchung ergab beachtliches Material nicht.

Militärbefehlshaber und Regierungskommissar im 3. Wehrkreis.

Berlin, 27. September. Der Reichswehrminister hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September die vollziehende Gewalt auf folgende Militärbefehlshaber übertragen: General von Horn für den Bezirk des Wehrkreises III (Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien, Grenzmark Posen) usw. Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern hat der Reichswehrminister zum Regierungskommissar ernannt: Richter, Polizeipräsident, für den Bezirk des Wehrkreises III.

Volksgenossen!

Eine schwere Krise ist über unser Vaterland hereingebrochen. Wir alle fühlen die ganze Schwere der Lage aufs tiefste. Mehr denn je gilt es, zusammenzustehen zur Erhaltung der Reichseinheit und der republikanischen Verfassung gegenüber allen entgegengekehrten Bestrebungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Die Koalitionsparteien stehen geschlossen hinter der Regierung. Sie haben gemeinsam mit dieser alle Maßnahmen getroffen, um im Zusammenwirken mit den gesetzlichen Gewalten alle Versuche niederzuschlagen, welche die Sicherheit und Ruhe unseres Landes bedrohen.

Jeder einzelne muß sich seiner Verantwortung bewußt und bereit sein, seine Person zum Schutze von Reich und Land einzusetzen gemäß den Anweisungen der Parteileitungen.

Breslau, den 27. September 1923.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.
Christliche Volkspartei (Zentrum).
Deutsche Volkspartei.
Deutsche Demokratische Partei.

Bayern und das Reich.

Durch die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten, die dem Reichswehrminister die vollziehende Gewalt in ganz Deutschland erteilt, sind die von der bayerischen Regierung getroffenen Maßnahmen überflüssig. Bayern konnte zweifellos auf Grund des Artikels 48 Abs. 4 „einzelne Maßnahmen bei Gefahr im Verzug“ ergreifen. Sie muß jedoch die Ausnahmeverordnung aufheben, nachdem inzwischen eine endgültige Regelung durch den Reichspräsidenten für das gesamte deutsche Reichgebiet erfolgt ist. Der Reichspräsident wird deshalb die bayerische Staatsregierung in Uebereinstimmung mit dem Gesamtkabnetts eruchen, die speziell für Bayern erlassene Ausnahmeverordnung aufzuheben. Diefem Eruchen dürfte eine ausführliche Begründung beigegeben werden.

Inzwischen ist der Kommandeur des Wehrkreises München, General Lossow, mit dem Vollzug der Gewalt in Bayern von der Reichsregierung beauftragt worden.

Ruhe in München.

München, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Sowohl der Verlauf des gestrigen Tages, wie auch der vergangenen Nacht war durchaus ruhig. Die Gebäude der Behörden waren durch Polizei stark gesichert. Ebenfalls waren die Versammlungsorte stark gesichert. Gegen 8 Uhr abends sammelten sich vor den Lokalen, in denen die Versammlungen stattfinden sollten, Leute an, die sich jedoch bald wieder zerstreuten, als sie die Zwecklosigkeit ihrer Pläne einsehen. Einige Abteilungen der Hitlertruppen zogen langsam durch die Stadt. Vor der Druckerei, in der der „Böhmische Beobachter“ hergestellt wird, stand eine größere Menschenmenge, die nach Hitler rief. Nach einiger Zeit erschien er am Fenster und sagte ungefähr: „Die Angehörigen unter euch mögen sich noch ein paar Tage gedulden. Es wird sich dann zeigen, ob unsere Fahne steigt oder die des Bolschewismus. Wir werden unseren Sieg nach Berlin tragen.“ Das Gebäude der „Münchener Post“ und das Gewerkschaftshaus waren durch sozialistische Sturmabteilungen gesichert.

Aus Nürnberg wird uns von der Parteilorganisation folgendes Telegramm übermittelt:

In Nürnberg ist alles ruhig. Einige Leute sehen keinen Anlaß zu Befürchtungen in den nächsten Tagen. Nach unseren Informationen wird das gleiche für München zutreffen, trotz pessimistischer Auffassungen, die wohl unbegründet sind.

Ein Dollar (Newyork) 147.058.823 M.

Ausnahmezustand gegen Ausnahmezustand.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes über das ganze Reich kann bei dem Teil der Bevölkerung, der die Ereignisse nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit verfolgt, zunächst eine falsche Vorstellung erwecken; als werde nämlich der unmittelbare Ausbruch von Unruhen in sämtlichen Gebietsteilen befürchtet. So aber liegen die Verhältnisse gegenwärtig nicht. Die Entstehung der Regierungsverordnung zeigt, daß sie als Notmaßnahme gegen das bayrische Sondervergehen entstanden ist. Nachdem nämlich die bayrische Regierung von sich aus den Ausnahmezustand für Bayern erklärt, Herrn Kahr zum Diktator gemacht und ihm die Reichswehr unterstellt hatte, war die spezielle bayrische Gefahr in ein neues, akutes Stadium getreten. Denn mag auch Herr Kahr bis zu einem gewissen Grade in persönlicher und sachlicher Begrenztheit zu Hitler stehen, so ist er doch andererseits ein so ausgesprochener Vertreter des reaktionärsten bayrischen Separatismus, daß seine Vollzugsgewalt keinerlei Gewähr für die Anwendung der staatlichen Machtmittel Bayerns im Sinne und Geiste der Verfassung geboten hätte. Durch die allgemeine Verhängung des Belagerungszustandes ist Herrn Kahr diese Gewalt entzogen und dem Kommandeur der bayrischen Reichswehr, General von Lossow, übertragen worden. Und da nach dem Urteil unserer bayrischen Genossen die Reichswehr immerhin den relativ zuverlässigsten staatlichen Machtfaktor für die Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände in Bayern darstellt, so ist durch die Verhängung des allgemeinen Ausnahmezustandes immerhin die bayrische Gefahr um einiges abgedämpft worden.

Dies ist der Vorteil. Der Nachteil besteht darin, daß zur Erreichung dieses Zwecks auch für das übrige Deutschland der Ausnahmezustand verhängt werden mußte. Das ist eine Unbequemlichkeit, die aber keine unmittelbaren schlimmen Folgen zu haben braucht, wenn bei der Handhabung des Ausnahmezustandes genügend in Berücksichtigung gezogen wird, daß mit Ausnahme Bayerns und einiger örtlicher Unruhen ohne Bedeutung die Bevölkerung überall ein Maß von Besonnenheit und Ruhe an den Tag legt, das angesichts der schwierigen Gesamtumstände als doppelt erfreulich bezeichnet werden muß.

Dafür zu sorgen, daß der Ausnahmezustand nicht als drückend empfunden wird, daß alle überflüssigen Unbesonnenheiten, Schikanen und Provokationen vermieden werden, wird Aufgabe unserer Genossen in der Regierung sein. Jedenfalls ist es eine dreiste Verdrehung der Tatsachen, wenn die deutschnationale Presse es so darstellt, als erkenne mit der Verhängung des Ausnahmezustandes die Regierung die wilde Erregung der Bevölkerung über die Aufgabe des passiven Widerstandes an. Eine solche Erregung hat sich — ausgenommen Bayern, wo sie künstlich geschürt wurde — nirgends gezeigt, und die Regierung wird in ihrem eigenen Interesse alles zu vermeiden haben, was solche Erregung rechtsradikaler Elemente oder auch der struppelosen Hege der Kommunisten überflüssige Nahrung gibt.

Aus diesem Grunde ist es zu begrüßen, daß die übertragene Machtfülle, die der Militärgewalt durch die Verhängung des militärischen, nicht des zivilen Ausnahmezustandes eingeräumt wird, ein Gegengewicht erhält in der Beizehung von zivilen Regierungskommissaren. Der zivile Ausnahmezustand hatte den Zweck gegen Bayern nicht erreicht, Herrn Kahrs Diktatur auszuhalten. Selbstverständliche Pflicht und Aufgabe der Regierung ist es, zu Zivilkommissaren nur zuverlässige Republikaner zu bestellen. Ihre Vollmacht muß im Eventualfall soweit ausgedehnt werden, daß sie unbedingt in der Lage sind, irgendwelchen Unbesonnenheiten mit absolutem Erfolg entgegenzutreten. Die Zivilkommissare können, aber sie müssen nicht ernannt werden und wir erwarten, daß man von dieser Bestimmung nur insoweit Gebrauch macht, als die bayrische Regierung verhindert wird, den als Diktator abgesetzten Herrn Kahr als Zivilkommissar wieder einzuschmuggeln.

Wir Sozialdemokraten sehen in dem Ausnahmezustand kein ideales Mittel gegen Unruhe und wir wissen auch, daß er leicht zu einer zweischneidigen Waffe werden

Die Verhandlungen mit der Entente.

Der Reichskanzler hat am Donnerstag die Botschafter der Entente-Regierungen empfangen, um sie über den von der Regierung angeordneten Abbau des passiven Widerstandes offiziell zu unterrichten. Ob die Regierung darüber hinaus bereits in den nächsten Tagen ein offizielles Angebot zur Regelung der Reparationsfrage durch die Reparationskommission macht, unterliegt noch der Entscheidung des Kabinetts. In parlamentarischen Kreisen der Entente ist die Auffassung vorherrschend, daß die schnelle Beilegung der Reparationsfrage in Paris und Brüssel zur Einleitung von Verhandlungen über die Wiederherstellung des Ruhrgebietes und die Regelung der Reparationsfrage durchaus notwendig ist.

Jedenfalls muß Frankreich die Entscheidung über diese in der Schwere befindlichen Fragen schon der Reichsregierung überlassen, wie es ebenfalls überfällig ist, an den Ruf des Reichspräsidenten geschäftliche Kommentare zu knüpfen. Der Ruf hat lediglich Tatsachen fest und läßt im Verhältnis zu dem im Ruhrgebiet bestehenden äußersten Zurückhalten. Damit muß sich die französische Presse schon abfinden, daß Deutschland sich immer wieder das Recht herausnehmen wird, die Wahrheit zu sagen und Tatsachen ordnungsgemäß festzustellen.

Die Einkommenssteuer der Veranlagungspflichtigen.

Am 5. Oktober haben diejenigen Steuerpflichtigen, die ihre Einkommenssteuer auf Grund einer Veranlagung entrichten, die Steuern für die Monate Oktober, November und Dezember zu bezahlen. Nach den geltenden Bestimmungen hat der Reichsfinanzminister den Multiplikator dafür festzusetzen. Der Multiplikator betrug bisher das 400fache, er ist jetzt auf das 3000fache festgesetzt worden. Damit ist die Einkommenssteuer der Veranlagungspflichtigen voll aufgewertet. Außer dieser aufgewerteten Einkommenssteuer ist dann am 5. Oktober das Doppelte dieses Betrages als Klein-Kaufsteuer zu leisten.

Um die glatte Entrichtung der Steuern auf denjenigen Steuerpflichtigen zu ermöglichen, die im Augenblick unter einer Knappheit an Zahlungsmitteln oder an sonstigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten leiden, wird der Reichsfinanzminister auf Grund des Steuererlasses gleichzeitig bestimmen, daß spätere Zahlungen dann zulässig sind, wenn a) dem Zahlungstage derselbe Geldbetrag entrichtet wird, b) die Steuerleistung am 5. 10. zu betragen hätte. Diese Regelung ermächtigt dem einzelnen Steuerpflichtigen die Wahl des Zahlungstermines innerhalb einer noch festzusetzenden Frist, wählt das Reich aber vor der Entwertung der Steuerleistung und entzieht damit denjenigen Steuerpflichtigen den Anreiz zur verspäteten Zahlung, die bisher in der Erwartung der Entwertung der Mark ihre Steuern nicht rechtzeitig entrichten.

Die Gehaltszahlung an die Beamten.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Gesetzentwurf über die vorübergehende Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltszahlung an die Beamten und Ruhegehaltsempfänger. Das Gesetz ist durch die Not der Verhältnisse entstanden und soll keineswegs die Stellung der Beamten erschüttern. Es handelt sich um eine währungsrechtliche und währungsrichtige Maßnahme von größter Bedeutung, weil die vierteljährlichen Zahlungen eine ganze inflationäre Wirkung erzeugen. Von einem Eingriff in die wohlverordneten Rechte der Beamten kann keine Rede sein, der Reichsfinanzminister denkt nicht daran, hierzu jemals die Hand zu bieten. Es liegen eine Reihe Wanderungsanträge vor, die die Aufhebung des Gesetzes bereits vor dem 1. März 1925 wünschen. Die Regierung teilt mit, daß die Vorbereitungen für die Auszahlung der Gehälter nach Maßgabe des vorliegenden Gesetzes bereits getroffen seien und daß eine andere Art der Zahlung technisch kaum noch möglich ist. Nach ungewöhnlicher Debatte wurde der Gesetzentwurf mit dem Zusatz angenommen, daß die Grundgehälter, Ortszuschläge, Frauen- und Kinderzuschläge auch weiterhin vierteljährlich gezahlt werden sollen. Das Gesetz wird mit dem 21. März 1924 außer Kraft gesetzt. Angenommen wurde ferner eine Entschädigung der Deutschen Volkspartei, ab 1. Oktober die Teuerungszuschläge wieder in halbmönatlichen Rufen zu zahlen.

Die Einstellung der Heilverfahren

hat das Direktorium der Reichsversicherung für Angehörige beschlossen. Die Heilanstalten, die mit der Reichsversicherung im Vertragsverhältnis stehen, erhielten dieser Tage Mitteilung, daß neue Patienten nicht mehr aufgenommen werden dürfen, in Behandlung befindliche jedoch so weit als möglich zu entlassen sind und Verlängerungen ebenfalls nicht mehr bewilligt werden. Für die Rückfahrt der Patienten darf nur die vierte Klasse vergütet werden. Den Heilanstalten wurde nahegelegt, sich auf eine Schließung des Gesamtbetriebes einzurichten, da einstweilen nicht gesagt werden könne, wann die Heilverfahren wieder aufgenommen werden.

Es handelt sich offenbar um eine Sparmaßnahme, die aus der finanziellen Not der Zeit geboren ist. Es fragt sich aber, ob hier nicht an der falschen Stelle gespart wird, an der Gesundheit unseres ohnehin stark herabgekommenen Volkstörpers. Das Heilverfahren war bisher der segensreichste Teil der Krankenversicherung. Daß sich dies in großen finanziellen Schwierigkeiten befindet, soll nicht bestritten werden. Aber hätte man diese nicht lieber durch eine rechtzeitige vernünftige Regelung der Beitragsfrage lösen sollen, als durch die Einstellung von Leistungen, die für die Volkshygiene im ganzen wie der Tausende von heilungsfähigen Kranken von höchster Bedeutung sind?

Das Gewissen der „Industrie“.

Einen interessanten Beitrag zu dem Kapitel Steuerabgabe der Industrie durch Betriebsstilllegung, liefert ein Rundschreiben des Reichsverbandes der Automobil-Industrie vom 29. August 1923. Der Verband informiert in diesem Rundschreiben seine Mitglieder über den Verlauf einer Protestversammlung gegen die neue Automobilsteuer. In dieser Versammlung waren Vertreter der namhaftesten Automobilfabriken vertreten. Nach dem Kundgebungsaufruf der Syndikus des Reichsverbandes als Protest gegen die Automobilsteuer die Ermäßigung der Einkünfte der Betriebe und die Weigerung, sowohl die Automobil-, wie auch die Rohstoffsteuer zu bezahlen. Die Versammlung lehnte den Vorschlag nur aus dem Grunde ab, weil sie den Erfolg eines solchen Protestes bezweifelte. Wenn die Vorschläge auch abgelehnt worden sind, so ist es doch schon ein Standa, daß sich die Automobilindustrie, die in den letzten Jahren gute Geschäfte gemacht hat, solche Pläne vorzutragen ließ. Es ist Pflicht der Regierung, so gut wie möglich zu untersuchen, wieviel Industrie tatsächlich die Steuerabgabe mit Mitteln betreiben, die der Syndikus des Reichsverbandes der Automobilindustrie empfohlen hat.

Der Ausschuh für Siedlungs- und Wohnungswesen

des vorläufigen Reichswirtschaftsrates nahm am Donnerstag mit 10 gegen 8 Stimmen einen Antrag an, der die Reichsregierung ersucht, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das bisher nicht oder nur unvollkommen geregelte Bauwesen von gewerblichen Räumen und Betrieben getrennt regelt. Die Regelung soll besonders berücksichtigen, daß der Bauzins zeitgemäß neu festgelegt werden kann, ohne Rücksicht auf die Unkündbarkeit der Pachverträge. Um eine möglichst schnelle Erledigung bestehender Streitfälle zu erreichen, steht der Antrag die Bestimmung von ordentlichen Gerichten vor, die unter Hinzuziehung von Bauverständigen in einem Eignungsverfahren zu entscheiden haben.

Wenn Hindenburg reist.

Wer bezahlt die Kosten?

Im vorigen Monat hatte Hindenburg eine Reise nach München gemacht. Es wurde extra ein Salonwagen für ihn bereitgestellt, der einem D-Zug angehängt wurde. Der entsprechende Befehl des Bahnhofsleiters lautete:

„Sa., d. 11. 8. 23. Am 18. August mit D 88, Dienstwagen 9, befehlt von H. nach München zu fahren und zum Einsteigen am 17. August, abends 9 1/2 Uhr, im Gleise 7a am Prellbord bereitzustellen. Die Offiziere überführt dann den Wagen rechtzeitig unter vorzüglicher Rangierbewegung von der Ostseite nach der Westseite (Kampe), wo er am 18. August für München einzustellen ist. Laute Geräusche sind möglichst zu vermeiden.“

Nach den allgemeinen Eisenbahnschriften muß bei Stellung eines Salonwagens mindestens der Betrag für 12 Fahrkarten 1. Klasse gezahlt werden; Hindenburg bezahlte aber nur für sich und sein Gefolge 3 Fahrkarten 2. Klasse. Er hätte nach den damaligen Preisen 80,144 Millionen Mark bezahlen müssen, bezahlte hat er 3,36 Millionen Mark. Für diese lächerliche Summe bekam er den Salonwagen gestellt, der einen Tag vor der Abfahrt von mehreren Arbeitern unter besonderer Aufsicht eines Werk- und Wagenmeisters gereinigt wurde, die Metallteile wurden aufs feinste poliert, Betten für drei Fahrgäste hergerichtet, selbstverständlich auch die notwendige Bettwäsche geliefert und Wascheinrichtung mit Handtüchern zur Verfügung gestellt.

Unser hannoversches Parteiblatt schreibt dazu: Welcher Beamte der Reichsbahn hat das Recht, einer Privatperson solche Vorrechte zu geben, wodurch dem Staate enorme Summen an Einnahmen verloren gehen?

Welcher Beamte der Reichsbahnverwaltung kommt hier als maßgebende Instanz in Frage? Was bedeutet die Reichsbahnverwaltung gegen die in Frage kommenden Beamten zu unternehmen?

Die gesamte Öffentlichkeit verlangt von der Reichsbahnverwaltung hierüber Aufklärung. Es muß als unerhört bezeichnet werden, wenn denjenigen Kreisen, die mit aller Gewalt daran arbeiten, der republikanischen Verfassung das Genick zu brechen (Hindenburg führt zu Ludendorff), die Arbeit noch erleichtert wird dadurch, daß ihnen eine republikanische Behörde in weitgehender Weise entgegenkommt.

Ein Staatsbeamter, der einerseits sein Gehalt von der Republik bezieht, andererseits aber seine Stellung als republikanischer Beamter in einer solchen Weise mißbraucht, muß sofort zur Verantwortung gezogen und endgültig aus dem Staatsdienst entfernt werden. Auch ist derselbe für den Schaden haftbar zu machen.

Dem Herrn v. Hindenburg aber muß mit allem Ernst und mit aller Deutlichkeit einmal gesagt werden, daß er nicht das Recht hat, sich auf Kosten des deutschen Volkes in der Welt zu paardieren, sondern, um Gelegenheit zu haben, an der Herbeiführung der gütigen Weisheit zu helfen, die gegen die republikanische Staatsform abgesehen werden sollen.

Die englischen Arbeiter für sofortige Parlamentstagung.

London, 27. September. Auf einer heute hier abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Generalkomitees der Gewerkschaften und des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei wurde eine Entschließung angenommen, in der der Premierminister angesichts des äußersten Grades der Lage in Deutschland mit ihrer unvermeidlichen Wirkung auf den Zustand des Handels, sowie angesichts der in England sehr zunehmenden Arbeitslosigkeit aufgefordert wird, gemäß der vorbestimmten Unterhandlung gemachten Zusage einen sofortigen Zusammentritt des Parlamentes zu veranlassen.

Die Lage in Bulgarien.

Aus Bulgarien kommen in letzter Zeit fortgesetzt widersprechende Meldungen, die uns veranlassen, in Sofia telegraphische Erkundigungen über die Lage in Bulgarien einzuziehen. Folgendes, von parteiübergreifender Seite stammende Telegramm gibt über die tatsächliche Lage Auskunft:

Sofia, den 27. September. Die Kämpfe mit den Kommunisten, die teilweise von Bauern unterstützt werden, dauern in Süd-Bulgarien fort. Bei Ferdinands an der Straße Kom ist eine regelrechte Schlacht mit Artillerieeinlagen, zahlreicher Kollatenartillerie und Maschinengewehren im Gange. Auch bei Philippopol, wozu die Bahnlinie noch nicht wieder hergestellt ist, finden Kämpfe bei Stambulakis Geburtsort statt. Die Regierung zieht zahlreiche Offiziere und Unteroffiziere mit Zustimmung der Entente ein. Die Regierung dürfte, wenn auch nach harten Kämpfen, Herr der Lage werden.

Der griechisch-italienische Konflikt.

Die Entdeckung der Wälder.

Aus Athen wird gemeldet: Der Bandenführer Memos hat soeben der internationalen Untersuchungskommission in Janina mitteilen lassen, daß er die Wälder des italienischen Generals Tellini und seines Stabes kenne. Tellini sei das Opfer persönlicher Rache für Maßnahmen geworden, die er während seiner früheren Tätigkeit in Kalona vorgenommen habe. Die Wälder seien vier Albaner. Die internationale Kommission hat sich sofort in Automobile nach Agirocastro begeben, um den Banditen Memos zu vernehmen. Wenn keine Aussagen sich als wahr erweisen sollten, wäre die völlige Schuldlosigkeit der griechischen Regierung an dem bei Janina verübten Mord einhellig erwiesen.

Einigung zwischen Polen, den baltischen Staaten und der Kleinen Entente in Genf.

Nach einer Mitteilung aus Genf ist zwischen den Delegierten Polens, der Staaten der Kleinen Entente und der baltischen Staaten zur Völkerbundsversammlung ein Uebereinkommen darüber getroffen worden, daß diese Staaten sowohl Polen wie die Tschechoslowakei als Kandidaten bei der bevorstehenden Wahl der nicht ständigen Mitglieder des Völkerbundes gemeinsam aufstellen und unterstützen werden. Darüber, ob beide Kandidaten — Beneš von Tschechien und Litwina von polnischer Seite, oder einer von ihnen oder keiner genannt wird — soll die Abstimmung der übrigen Mitglieder des Völkerbundes entscheiden. Auf diese Weise soll die Rivalität zwischen Polen und der Tschechoslowakei um den Sitz im Völkerbunde, in welcher auch die baltischen Staaten und die Staaten der Kleinen Entente hineingezogen war, beigelegt werden.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten in Polen im August 1923.

Die „Berichte aus den neuen Staaten“ melden aus Warschau: Die Lebenshaltungskosten sind in Warschau in der ersten Hälfte des Monats August um 32,25 Prozent und in der zweiten Hälfte dieses Monats um 30,12 Prozent gestiegen, somit während des ganzen Monats um 72,00 Prozent. In Krakau betrug die Steigerung 83,10 Prozent.

Erhöhung der Eisenbahntarife und der Postgebühren in Polen.

Nach einem Beschluß des polnischen Eisenbahnministeriums werden die Personen- und Gültarife auf den polnischen Staatsbahnen ab 1. Oktober um 100 Prozent erhöht. Die Post- und Telegrafengebühren für den Inlandverkehr werden mit dem gleichen Tage um 200 Prozent und für den Auslandsverkehr um 250 Prozent erhöht.

Aus Schlesien.

Glogau. Hohes Alter. Lehrer i. St. Krause in Wostau, Vater Krause, wie er allgemein genannt wird, feierte am 25. d. M. den 97. Geburtstag. Die Geborenen des Alters machen sich zwar bemerklich, doch ist Hoffnung, daß er noch das 100. Jahr erreichen wird. Er wurde in Nibau als Sohn des dortigen Kantors geboren. Er stammt aus einer rechten Lehrfamilie, denn sein Großvater war Kantor in Herrdorf. Seine Ausbildung erhielt er im Seminar zu Bunzlau. Weil damals noch keine Eisenbahn vorhanden war, mußte er nach Her der heutigen Wanderroute den mehr als 60 Kilometer weiten Weg hin und zurück mit seinen Studiengenossen zu Fuß zurücklegen.

Hennersdorf. Flüchtiger Zuchthäusler. Auf einem hiesigen Gutshof befinden sich mehrere Zuchthäusler der Straf-anstalt Görlitz unter Aufsicht von Beamten in Arbeit. Am Sonntagabend hat sich von diesem Kommando ein Strafgefangener spurlos entfernt. Er stahl einem Gutsarbeiter den Sonntagsmorgens anzug und kleidete sich um, die Anstaltsachen ließ er zurück; ferner entwendete er einem Gutsbeamten den Reisetasche mit Wäsche und einem Kessel. Der Gefangene ist auf dem Wege nach dem Hennersdorfer Bahnhof mit dem Reisetasche gesehen worden. Er wird jedenfalls mit dem Zuge abgeführt sein. Der Flüchtling ist bisher noch nicht ergriffen worden.

Jauer. Selbstschachtung für die Erwerbslosen. Eine Anzahl hiesiger Gutsbesitzer hat sich bereit erklärt, den hiesigen Erwerbslosen Schichtarbeit zur Verfügung zu stellen und zwar zum Breslauer Marktpreis mit 20 Prozent häuslicher Unternehmung. Das Fleisch kommt in erster Linie an Erwerbslose zur Verteilung, doch haben sich diese damit einverstanden erklärt, daß das übrig bleibende Fleisch an Minderbemittelte abgegeben wird.

Weißwasser O. Wegen übermäßiger Gewinne ist von der Preisprüfungsstelle ein Fleischmeister zur Anzeige gebracht worden, der Schweinefleisch mit 3,2 Millionen das Pfund eingekauft und mit 12 Millionen verkauft hat.

Görlitz-Ober-Hennersdorf. Einführung russischer Sitten. Mit einem Aufgebot von ungefähr 10 Mann und einem 16-jährigen Mädchen unter Führung von vier Plakaten und der nötigen Bekleidung für die Schlichte Arbeiterzeitung durchzogen am Mittwoch in den Abendstunden bis nachts gegen 11 Uhr unter fürchterlichem Gequäl und Rhythmusbegleitung Anhänger der kommunistischen Partei die Straßen der Stadt. Wer den Aufzug gesehen und den Gesang mit anhören wollte, konnte sich entweder des Lachens nicht erwehren oder mußte zu der Überzeugung kommen, daß mit solchen „Klassenkämpfen“ nicht einmal ein Elementop zu geminnen ist. Gegen 11 Uhr nachts kam es vor dem Gasthof „Zum weißen Lamm“ noch zu einer Schlägerei, wo die nötigen Schlag- und Schimpfworte eine große Rolle spielten.

Reiße. Die Stadtverordneten-Versammlung erledigte neben ihrer offiziellen Tagesordnung noch eine Reihe Dringlichkeitsanträge des Magistrats, für die sämtlich die Dringlichkeit anerkannt wurde. U. a. wurde in den Ausschuh zur Auswahl der Schöpfer und Geschworenen für 1924 Stadtverordneter Genosse Fiebert gewählt. Den vom Magistrat aufgestellten Richtlinien für die Gewährung von Darlehen zu großen Sanierungsarbeiten von Wohnhäusern im Stadtbezirk Reiße wurde die Genehmigung verweigert. Der Beschluß vom 22. August über die Anzahl der neu zu wählenden Stadtverordneter wurde aufgehoben und die Versammlung stimmte dem hierzu vom Magistrat beantragten neuen Ortsstatut vom 25. September zu. Zur Vereinfachung des Betriebes in den städtischen Betriebswerken wurde beschlossen, eine neue Verwaltungskommission zu bilden. Die Stadtverordneten-Versammlung wählte in die gleiche neben dem Stadtverordneten-Vorsteher noch zwei Vertreter der bürgerlichen Parteien und desgleichen zwei aus der Bürgerkammer mit der gleichen Parteizugehörigkeit. Die neuen Steuerordnungen (Grund- und Vermögenssteuer) wurden genehmigt und der Freiwilligen Samstagskolonne vom Roten Kreuz anlässlich ihres 15-jährigen Bestehens eine Spende von 50 Millionen Mark bewilligt. Zu einem Privat-Wohnungsbau genehmigte die Versammlung das übliche Gemeindefdarlehen.

Rybnik. Schwankende Gestalten. Auch in Rybnik war früher an Lohn- und Vorzuschüben der Ausschuh von Schnaps verboten. Inzwischen sind die Lohn- und Vorzuschübe anders gelegt als bisher, eine Neuverordnung über das Schnapsverbot ist nicht erlassen, und so gibt es an Lohn- und Vorzuschüben Schnaps, soviel ein Mensch trinken will. Der Erfolg ist der, daß man jetzt die „Schwankenden Gestalten“ und die betrunkenen Arbeiter wieder in Menge in Rybnik sieht. Gelesen wird von solchen bedauernden Menschen fast nichts, desto mehr getrunken. Und im deren Wagen wirkt der Biesel doppelt und dreifach. Die Bedenke sollte höchstgenügt öffentlich bekanntgeben, ob das Schnapsverbot aufgehoben ist oder an welchen Tagen es nun besteht.



Hokus, pokus
Erdal gibt die Kraft,
Schon glänzen die Schuhe
zauberhaft.

Erdal

Arbeiter-Sport

Fußball.

Serienspiele am Sonntag, den 7. Oktober.

Sonderklasse, I. und II. Mannschaften:

3 ⁰⁰ West I	— Sturm I	Eichenpark	Schau, Stern
3 ⁰⁰ Sturm II	— West II	Schmiedefeld	Nademaker, Sparta
3 ⁰⁰ Bries I	— Silesia I	Bries	Waltel, B. f. 2.
3 ⁰⁰ Bries II	— Silesia II	Bries	Waltel, B. f. 2.
3 ⁰⁰ Herta I	— B. f. 2. I	Bries	Kloke, Silesia
3 ⁰⁰ Herta II	— B. f. 2. II	Bries	Kloke, Silesia
3 ⁰⁰ Sparta I	— Süd I	Gandau	Gebel, West
3 ⁰⁰ Süd II	— Sparta II	Krieterm	Welle, B. f. 2.
3 ⁰⁰ 1922 I	— Sparta II	Grüneiche	Stöbe, Sparta

A-Klasse, I. und II. Mannschaften:

3 ⁰⁰ Dslau I	— Dswig I	Dslau	Ullman Sparta
3 ⁰⁰ Dslau II	— Dswig II	Dslau	Großmann, West
3 ⁰⁰ Dslau III	— Dswig III	Dslau	Großmann, West
3 ⁰⁰ Riders I	— Sportf. I	Größelwiese	Schaffer, 1922
3 ⁰⁰ Riders II	— Sportf. II	Größelwiese	Grünert, Sturm
3 ⁰⁰ Räder I	— Räder I	Gandau	Neumann, Gölfe
3 ⁰⁰ Räder II	— Räder II	Küsterwiese	Grüneiche, West
3 ⁰⁰ Union I	— Kalte I	Deutsches	Waldemar, West
3 ⁰⁰ Kalte II	— Union II	Deutsches	Waldemar, West

B-Klasse:

3 ⁰⁰ Schwobitz I	— Peisterweg I	Schwobitz	Rühndel, West
3 ⁰⁰ Hundsfeld I	— Heros I	Hundsfeld	Gomille, Dswig
3 ⁰⁰ Irbnitz I	— Koglan I	Irbnitz	Köbe, St. Spt.

III. Mannschaften:

3 ⁰⁰ Süd III	— Räder III	Krieterm	Welle, B. f. 2.
3 ⁰⁰ Silesia III	— B. f. 2. III	B. f. 2. Platz	Waldemar, Sparta
3 ⁰⁰ B. f. 2. III	— West III	Ullman	Schäfer, West
11 ⁰⁰ Union III	— Herta III	Bries	Schäfer, West

I. Jugendmannschaften, A-Klasse:

10 ⁰⁰ West I	— Sturm I	Eichenpark	Schau, Stern
10 ⁰⁰ Sparta I	— West I	Gandau	Großmann, West

I. Jugendmannschaften, B-Klasse:

3 ⁰⁰ Strehlen I	— Kalte I	Strehlen	Welle, B. f. 2.
3 ⁰⁰ Riders I	— Räder I	Größelwiese	Schaffer, 1922
10 ⁰⁰ Dslau I	— Dswig I	Dslau	Ullman Sparta

II. Jugendmannschaften:

9 ⁰⁰ West II	— Sturm II	Eichenpark	Schau, Stern
10 ⁰⁰ B. f. 2. II	— Sparta II	B. f. 2. Platz	Waldemar, Sparta
10 ⁰⁰ Sturm II	— Kalte II	Schwobitz	Rühndel, West

Schülermannschaften:

10 ⁰⁰ Sparta I	— Kalte I	Deutsches	Waldemar, West
10 ⁰⁰ Dslau I	— B. f. 2. I	Dslau	Ullman Sparta

Verichtigung: Das Spiel B. f. 2. I gegen Sturm I am 30. September steigt nachmittags 4 Uhr auf dem

Wochenspielen um 2 Uhr Sturm II gegen B. f. 2. II. Das Spiel Süd III gegen West IV am 30. 9. fällt weg.

Beginnsnachrichten.

Jugendspieler, welche vor dem 14. August ihr 18. Lebensjahr vollendet haben, sind in der Jugend nicht mehr spielberechtigt.

Verichterstattervereinigung. Sonnabend, den 29. September, abends 7 Uhr, Einteilung zu den Spielen am 30. 9. und 7. 10. Sämtliche Berichterstatter haben zu erscheinen. Der Obmann.

J. A. West. Sonntag, vormittags 9 Uhr, Vorstands- und Festkomiteesitzung bei Rölke, Franzfurter Straße.

1000 Turnerfahrt Breslau. Sonntag, den 30. September, Vereinsturnmarsch. Bundesnadeln usw. sind in unserer Warenverteilungsstelle wieder zu haben. 5. W. Abteilung: Freitag, den 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung in der Turnhalle. — Verichtigung. Fußball: Das Spiel B. f. 2. III, Schiedsrichter 7. Abt., findet nicht im Eichenpark, sondern in Hartleb statt. Schiedsrichter für das Spiel 1. 4. Abt. stellt nicht 4. Abt., sondern 2. Abt. Wo bleiben die Requirate von Sonntag, den 23. September?

Reichsleistung. Dem am Montag veröffentlichten Bericht folgt heute eine kurze kritische Betrachtung. Die Beteiligung war, gemessen an der Mitgliederzahl des einzigen Arbeiterturnvereins Breslaus, sehr gering. Wenn Niemand nach hat vor allen Dingen das hohe Stargeld — 10 + 5000 Mk. — viele Sportler abgelehrt oder das wunderbare Herkulesstück war noch nicht leben genug? 2., 3. und 7. Abteilung hatten nicht einmal eine ganz kleine Delegation geschickt; selbst die veranstaltende Abteilung war nur in minimaler Stärke angetreten. Ein gutes Bild konnte man sich von den Schwimmern machen; wir Turner können von dieser Bruderorganisation noch viel lernen. Nachstehend die Teilnehmergebnisse: 1. Abt. 6 Mk., 11. Abt. 5 Mk., 10. Abt. 5 Mk., 6. Abt. 8 Mk., 2. Abt. 10 Mk., 3. Abt. 10 Mk., 7. Abt. 10 Mk., 4. Abt. 10 Mk., 5. Abt. 10 Mk., 8. Abt. 10 Mk., 9. Abt. 10 Mk., 12. Abt. 10 Mk., 13. Abt. 10 Mk., 14. Abt. 10 Mk., 15. Abt. 10 Mk., 16. Abt. 10 Mk., 17. Abt. 10 Mk., 18. Abt. 10 Mk., 19. Abt. 10 Mk., 20. Abt. 10 Mk., 21. Abt. 10 Mk., 22. Abt. 10 Mk., 23. Abt. 10 Mk., 24. Abt. 10 Mk., 25. Abt. 10 Mk., 26. Abt. 10 Mk., 27. Abt. 10 Mk., 28. Abt. 10 Mk., 29. Abt. 10 Mk., 30. Abt. 10 Mk., 31. Abt. 10 Mk., 32. Abt. 10 Mk., 33. Abt. 10 Mk., 34. Abt. 10 Mk., 35. Abt. 10 Mk., 36. Abt. 10 Mk., 37. Abt. 10 Mk., 38. Abt. 10 Mk., 39. Abt. 10 Mk., 40. Abt. 10 Mk., 41. Abt. 10 Mk., 42. Abt. 10 Mk., 43. Abt. 10 Mk., 44. Abt. 10 Mk., 45. Abt. 10 Mk., 46. Abt. 10 Mk., 47. Abt. 10 Mk., 48. Abt. 10 Mk., 49. Abt. 10 Mk., 50. Abt. 10 Mk., 51. Abt. 10 Mk., 52. Abt. 10 Mk., 53. Abt. 10 Mk., 54. Abt. 10 Mk., 55. Abt. 10 Mk., 56. Abt. 10 Mk., 57. Abt. 10 Mk., 58. Abt. 10 Mk., 59. Abt. 10 Mk., 60. Abt. 10 Mk., 61. Abt. 10 Mk., 62. Abt. 10 Mk., 63. Abt. 10 Mk., 64. Abt. 10 Mk., 65. Abt. 10 Mk., 66. Abt. 10 Mk., 67. Abt. 10 Mk., 68. Abt. 10 Mk., 69. Abt. 10 Mk., 70. Abt. 10 Mk., 71. Abt. 10 Mk., 72. Abt. 10 Mk., 73. Abt. 10 Mk., 74. Abt. 10 Mk., 75. Abt. 10 Mk., 76. Abt. 10 Mk., 77. Abt. 10 Mk., 78. Abt. 10 Mk., 79. Abt. 10 Mk., 80. Abt. 10 Mk., 81. Abt. 10 Mk., 82. Abt. 10 Mk., 83. Abt. 10 Mk., 84. Abt. 10 Mk., 85. Abt. 10 Mk., 86. Abt. 10 Mk., 87. Abt. 10 Mk., 88. Abt. 10 Mk., 89. Abt. 10 Mk., 90. Abt. 10 Mk., 91. Abt. 10 Mk., 92. Abt. 10 Mk., 93. Abt. 10 Mk., 94. Abt. 10 Mk., 95. Abt. 10 Mk., 96. Abt. 10 Mk., 97. Abt. 10 Mk., 98. Abt. 10 Mk., 99. Abt. 10 Mk., 100. Abt. 10 Mk., 101. Abt. 10 Mk., 102. Abt. 10 Mk., 103. Abt. 10 Mk., 104. Abt. 10 Mk., 105. Abt. 10 Mk., 106. Abt. 10 Mk., 107. Abt. 10 Mk., 108. Abt. 10 Mk., 109. Abt. 10 Mk., 110. Abt. 10 Mk., 111. Abt. 10 Mk., 112. Abt. 10 Mk., 113. Abt. 10 Mk., 114. Abt. 10 Mk., 115. Abt. 10 Mk., 116. Abt. 10 Mk., 117. Abt. 10 Mk., 118. Abt. 10 Mk., 119. Abt. 10 Mk., 120. Abt. 10 Mk., 121. Abt. 10 Mk., 122. Abt. 10 Mk., 123. Abt. 10 Mk., 124. Abt. 10 Mk., 125. Abt. 10 Mk., 126. Abt. 10 Mk., 127. Abt. 10 Mk., 128. Abt. 10 Mk., 129. Abt. 10 Mk., 130. Abt. 10 Mk., 131. Abt. 10 Mk., 132. Abt. 10 Mk., 133. Abt. 10 Mk., 134. Abt. 10 Mk., 135. Abt. 10 Mk., 136. Abt. 10 Mk., 137. Abt. 10 Mk., 138. Abt. 10 Mk., 139. Abt. 10 Mk., 140. Abt. 10 Mk., 141. Abt. 10 Mk., 142. Abt. 10 Mk., 143. Abt. 10 Mk., 144. Abt. 10 Mk., 145. Abt. 10 Mk., 146. Abt. 10 Mk., 147. Abt. 10 Mk., 148. Abt. 10 Mk., 149. Abt. 10 Mk., 150. Abt. 10 Mk., 151. Abt. 10 Mk., 152. Abt. 10 Mk., 153. Abt. 10 Mk., 154. Abt. 10 Mk., 155. Abt. 10 Mk., 156. Abt. 10 Mk., 157. Abt. 10 Mk., 158. Abt. 10 Mk., 159. Abt. 10 Mk., 160. Abt. 10 Mk., 161. Abt. 10 Mk., 162. Abt. 10 Mk., 163. Abt. 10 Mk., 164. Abt. 10 Mk., 165. Abt. 10 Mk., 166. Abt. 10 Mk., 167. Abt. 10 Mk., 168. Abt. 10 Mk., 169. Abt. 10 Mk., 170. Abt. 10 Mk., 171. Abt. 10 Mk., 172. Abt. 10 Mk., 173. Abt. 10 Mk., 174. Abt. 10 Mk., 175. Abt. 10 Mk., 176. Abt. 10 Mk., 177. Abt. 10 Mk., 178. Abt. 10 Mk., 179. Abt. 10 Mk., 180. Abt. 10 Mk., 181. Abt. 10 Mk., 182. Abt. 10 Mk., 183. Abt. 10 Mk., 184. Abt. 10 Mk., 185. Abt. 10 Mk., 186. Abt. 10 Mk., 187. Abt. 10 Mk., 188. Abt. 10 Mk., 189. Abt. 10 Mk., 190. Abt. 10 Mk., 191. Abt. 10 Mk., 192. Abt. 10 Mk., 193. Abt. 10 Mk., 194. Abt. 10 Mk., 195. Abt. 10 Mk., 196. Abt. 10 Mk., 197. Abt. 10 Mk., 198. Abt. 10 Mk., 199. Abt. 10 Mk., 200. Abt. 10 Mk., 201. Abt. 10 Mk., 202. Abt. 10 Mk., 203. Abt. 10 Mk., 204. Abt. 10 Mk., 205. Abt. 10 Mk., 206. Abt. 10 Mk., 207. Abt. 10 Mk., 208. Abt. 10 Mk., 209. Abt. 10 Mk., 210. Abt. 10 Mk., 211. Abt. 10 Mk., 212. Abt. 10 Mk., 213. Abt. 10 Mk., 214. Abt. 10 Mk., 215. Abt. 10 Mk., 216. Abt. 10 Mk., 217. Abt. 10 Mk., 218. Abt. 10 Mk., 219. Abt. 10 Mk., 220. Abt. 10 Mk., 221. Abt. 10 Mk., 222. Abt. 10 Mk., 223. Abt. 10 Mk., 224. Abt. 10 Mk., 225. Abt. 10 Mk., 226. Abt. 10 Mk., 227. Abt. 10 Mk., 228. Abt. 10 Mk., 229. Abt. 10 Mk., 230. Abt. 10 Mk., 231. Abt. 10 Mk., 232. Abt. 10 Mk., 233. Abt. 10 Mk., 234. Abt. 10 Mk., 235. Abt. 10 Mk., 236. Abt. 10 Mk., 237. Abt. 10 Mk., 238. Abt. 10 Mk., 239. Abt. 10 Mk., 240. Abt. 10 Mk., 241. Abt. 10 Mk., 242. Abt. 10 Mk., 243. Abt. 10 Mk., 244. Abt. 10 Mk., 245. Abt. 10 Mk., 246. Abt. 10 Mk., 247. Abt. 10 Mk., 248. Abt. 10 Mk., 249. Abt. 10 Mk., 250. Abt. 10 Mk., 251. Abt. 10 Mk., 252. Abt. 10 Mk., 253. Abt. 10 Mk., 254. Abt. 10 Mk., 255. Abt. 10 Mk., 256. Abt. 10 Mk., 257. Abt. 10 Mk., 258. Abt. 10 Mk., 259. Abt. 10 Mk., 260. Abt. 10 Mk., 261. Abt. 10 Mk., 262. Abt. 10 Mk., 263. Abt. 10 Mk., 264. Abt. 10 Mk., 265. Abt. 10 Mk., 266. Abt. 10 Mk., 267. Abt. 10 Mk., 268. Abt. 10 Mk., 269. Abt. 10 Mk., 270. Abt. 10 Mk., 271. Abt. 10 Mk., 272. Abt. 10 Mk., 273. Abt. 10 Mk., 274. Abt. 10 Mk., 275. Abt. 10 Mk., 276. Abt. 10 Mk., 277. Abt. 10 Mk., 278. Abt. 10 Mk., 279. Abt. 10 Mk., 280. Abt. 10 Mk., 281. Abt. 10 Mk., 282. Abt. 10 Mk., 283. Abt. 10 Mk., 284. Abt. 10 Mk., 285. Abt. 10 Mk., 286. Abt. 10 Mk., 287. Abt. 10 Mk., 288. Abt. 10 Mk., 289. Abt. 10 Mk., 290. Abt. 10 Mk., 291. Abt. 10 Mk., 292. Abt. 10 Mk., 293. Abt. 10 Mk., 294. Abt. 10 Mk., 295. Abt. 10 Mk., 296. Abt. 10 Mk., 297. Abt. 10 Mk., 298. Abt. 10 Mk., 299. Abt. 10 Mk., 300. Abt. 10 Mk., 301. Abt. 10 Mk., 302. Abt. 10 Mk., 303. Abt. 10 Mk., 304. Abt. 10 Mk., 305. Abt. 10 Mk., 306. Abt. 10 Mk., 307. Abt. 10 Mk., 308. Abt. 10 Mk., 309. Abt. 10 Mk., 310. Abt. 10 Mk., 311. Abt. 10 Mk., 312. Abt. 10 Mk., 313. Abt. 10 Mk., 314. Abt. 10 Mk., 315. Abt. 10 Mk., 316. Abt. 10 Mk., 317. Abt. 10 Mk., 318. Abt. 10 Mk., 319. Abt. 10 Mk., 320. Abt. 10 Mk., 321. Abt. 10 Mk., 322. Abt. 10 Mk., 323. Abt. 10 Mk., 324. Abt. 10 Mk., 325. Abt. 10 Mk., 326. Abt. 10 Mk., 327. Abt. 10 Mk., 328. Abt. 10 Mk., 329. Abt. 10 Mk., 330. Abt. 10 Mk., 331. Abt. 10 Mk., 332. Abt. 10 Mk., 333. Abt. 10 Mk., 334. Abt. 10 Mk., 335. Abt. 10 Mk., 336. Abt. 10 Mk., 337. Abt. 10 Mk., 338. Abt. 10 Mk., 339. Abt. 10 Mk., 340. Abt. 10 Mk., 341. Abt. 10 Mk., 342. Abt. 10 Mk., 343. Abt. 10 Mk., 344. Abt. 10 Mk., 345. Abt. 10 Mk., 346. Abt. 10 Mk., 347. Abt. 10 Mk., 348. Abt. 10 Mk., 349. Abt. 10 Mk., 350. Abt. 10 Mk., 351. Abt. 10 Mk., 352. Abt. 10 Mk., 353. Abt. 10 Mk., 354. Abt. 10 Mk., 355. Abt. 10 Mk., 356. Abt. 10 Mk., 357. Abt. 10 Mk., 358. Abt. 10 Mk., 359. Abt. 10 Mk., 360. Abt. 10 Mk., 361. Abt. 10 Mk., 362. Abt. 10 Mk., 363. Abt. 10 Mk., 364. Abt. 10 Mk., 365. Abt. 10 Mk., 366. Abt. 10 Mk., 367. Abt. 10 Mk., 368. Abt. 10 Mk., 369. Abt. 10 Mk., 370. Abt. 10 Mk., 371. Abt. 10 Mk., 372. Abt. 10 Mk., 373. Abt. 10 Mk., 374. Abt. 10 Mk., 375. Abt. 10 Mk., 376. Abt. 10 Mk., 377. Abt. 10 Mk., 378. Abt. 10 Mk., 379. Abt. 10 Mk., 380. Abt. 10 Mk., 381. Abt. 10 Mk., 382. Abt. 10 Mk., 383. Abt. 10 Mk., 384. Abt. 10 Mk., 385. Abt. 10 Mk., 386. Abt. 10 Mk., 387. Abt. 10 Mk., 388. Abt. 10 Mk., 389. Abt. 10 Mk., 390. Abt. 10 Mk., 391. Abt. 10 Mk., 392. Abt. 10 Mk., 393. Abt. 10 Mk., 394. Abt. 10 Mk., 395. Abt. 10 Mk., 396. Abt. 10 Mk., 397. Abt. 10 Mk., 398. Abt. 10 Mk., 399. Abt. 10 Mk., 400. Abt. 10 Mk., 401. Abt. 10 Mk., 402. Abt. 10 Mk., 403. Abt. 10 Mk., 404. Abt. 10 Mk., 405. Abt. 10 Mk., 406. Abt. 10 Mk., 407. Abt. 10 Mk., 408. Abt. 10 Mk., 409. Abt. 10 Mk., 410. Abt. 10 Mk., 411. Abt. 10 Mk., 412. Abt. 10 Mk., 413. Abt. 10 Mk., 414. Abt. 10 Mk., 415. Abt. 10 Mk., 416. Abt. 10 Mk., 417. Abt. 10 Mk., 418. Abt. 10 Mk., 419. Abt. 10 Mk., 420. Abt. 10 Mk., 421. Abt. 10 Mk., 422. Abt. 10 Mk., 423. Abt. 10 Mk., 424. Abt. 10 Mk., 425. Abt. 10 Mk., 426. Abt. 10 Mk., 427. Abt. 10 Mk., 428. Abt. 10 Mk., 429. Abt. 10 Mk., 430. Abt. 10 Mk., 431. Abt. 10 Mk., 432. Abt. 10 Mk., 433. Abt. 10 Mk., 434. Abt. 10 Mk., 435. Abt. 10 Mk., 436. Abt. 10 Mk., 437. Abt. 10 Mk., 438. Abt. 10 Mk., 439. Abt. 10 Mk., 440. Abt. 10 Mk., 441. Abt. 10 Mk., 442. Abt. 10 Mk., 443. Abt. 10 Mk., 444. Abt. 10 Mk., 445. Abt. 10 Mk., 446. Abt. 10 Mk., 447. Abt. 10 Mk., 448. Abt. 10 Mk., 449. Abt. 10 Mk., 450. Abt. 10 Mk., 451. Abt. 10 Mk., 452. Abt. 10 Mk., 453. Abt. 10 Mk., 454. Abt. 10 Mk., 455. Abt. 10 Mk., 456. Abt. 10 Mk., 457. Abt. 10 Mk., 458. Abt. 10 Mk., 459. Abt. 10 Mk., 460. Abt. 10 Mk., 461. Abt. 10 Mk., 462. Abt. 10 Mk., 463. Abt. 10 Mk., 464. Abt. 10 Mk., 465. Abt. 10 Mk., 466. Abt. 10 Mk., 467. Abt. 10 Mk., 468. Abt. 10 Mk., 469. Abt. 10 Mk., 470. Abt. 10 Mk., 471. Abt. 10 Mk., 472. Abt. 10 Mk., 473. Abt. 10 Mk., 474. Abt. 10 Mk., 475. Abt. 10 Mk., 476. Abt. 10 Mk., 477. Abt. 10 Mk., 478. Abt. 10 Mk., 479. Abt. 10 Mk., 480. Abt. 10 Mk., 481. Abt. 10 Mk., 482. Abt. 10 Mk., 483. Abt. 10 Mk., 484. Abt. 10 Mk., 485. Abt. 10 Mk., 486. Abt. 10 Mk., 487. Abt. 10 Mk., 488. Abt. 10 Mk., 489. Abt. 10 Mk., 490. Abt. 10 Mk., 491. Abt. 10 Mk., 492. Abt. 10 Mk., 493. Abt. 10 Mk., 494. Abt. 10 Mk., 495. Abt. 10 Mk., 496. Abt. 10 Mk., 497. Abt. 10 Mk., 498. Abt. 10 Mk., 499. Abt. 10 Mk., 500. Abt. 10 Mk., 501. Abt. 10 Mk., 502. Abt. 10 Mk., 503. Abt. 10 Mk., 504. Abt. 10 Mk., 505. Abt. 10 Mk., 506. Abt. 10 Mk., 507. Abt. 10 Mk., 508. Abt. 10 Mk., 509. Abt. 10 Mk., 510. Abt. 10 Mk., 511. Abt. 10 Mk., 512. Abt. 10 Mk., 513. Abt. 10 Mk., 514. Abt. 10 Mk., 515. Abt. 10 Mk., 516. Abt. 10 Mk., 517. Abt. 10 Mk., 518. Abt. 10 Mk., 519. Abt. 10 Mk., 520. Abt. 10 Mk., 521. Abt. 10 Mk., 522. Abt. 10 Mk., 523. Abt. 10 Mk., 524. Abt. 10 Mk., 525. Abt. 10 Mk., 526. Abt. 10 Mk., 527. Abt. 10 Mk., 528. Abt. 10 Mk., 529. Abt. 10 Mk., 530. Abt. 10 Mk., 531. Abt. 10 Mk., 532. Abt. 10 Mk., 533. Abt. 10 Mk., 534. Abt. 10 Mk., 535. Abt. 10 Mk., 536. Abt. 10 Mk., 537. Abt. 10 Mk., 538. Abt. 10 Mk., 539. Abt. 10 Mk., 540. Abt. 10 Mk., 541. Abt. 10 Mk., 542. Abt. 10 Mk., 543. Abt. 10 Mk., 544. Abt. 10 Mk., 545. Abt. 10 Mk., 546. Abt. 10 Mk., 547. Abt. 10 Mk., 548. Abt. 10 Mk., 549. Abt. 10 Mk., 550. Abt. 10 Mk., 551. Abt. 10 Mk., 552. Abt. 10 Mk., 553. Abt. 10 Mk., 554. Abt. 10 Mk., 555. Abt. 10 Mk., 556. Abt. 10 Mk., 557. Abt. 10 Mk., 558. Abt. 10 Mk., 559. Abt. 10 Mk., 560. Abt. 10 Mk., 561. Abt. 10 Mk., 562. Abt. 10 Mk., 563. Abt. 10 Mk., 564. Abt. 10 Mk., 565. Abt. 10 Mk., 566. Abt. 10 Mk., 567. Abt. 10 Mk., 568. Abt. 10 Mk., 569. Abt. 10 Mk., 570. Abt. 10 Mk., 571. Abt. 10 Mk., 572. Abt. 10 Mk., 573. Abt. 10 Mk., 574. Abt. 10 Mk., 575. Abt. 10 Mk., 576. Abt. 10 Mk., 577. Abt. 10 Mk., 578. Abt. 10 Mk., 579. Abt. 10 Mk., 580. Abt. 10 Mk., 581. Abt. 10 Mk., 582. Abt. 10 Mk., 583. Abt. 10 Mk., 584. Abt. 10 Mk., 585. Abt. 10 Mk., 586. Abt. 10 Mk., 587. Abt. 10 Mk., 588. Abt. 10 Mk., 589. Abt. 10 Mk., 590. Abt. 10 Mk., 591. Abt. 10 Mk., 592. Abt. 10 Mk., 593. Abt. 10 Mk., 594. Abt. 10 Mk., 595. Abt. 10 Mk., 596. Abt. 10 Mk., 597. Abt. 10 Mk., 598. Abt. 10 Mk., 599. Abt. 10 Mk., 600. Abt. 10 Mk., 601. Abt. 10 Mk., 602. Abt. 10 Mk., 603. Abt. 10 Mk., 604. Abt. 10 Mk., 605. Abt. 10 Mk., 606. Abt. 10 Mk., 607. Abt. 10 Mk., 608. Abt. 10 Mk., 609. Abt. 10 Mk., 610. Abt. 10 Mk., 611. Abt. 10 Mk., 612. Abt. 10 Mk., 613. Abt. 10 Mk., 614. Abt. 10 Mk., 615. Abt. 10 Mk., 616. Abt. 10 Mk., 617. Abt. 10 Mk., 618. Abt. 10 Mk., 619. Abt. 10 Mk., 620. Abt. 10 Mk., 621. Abt. 10 Mk., 622. Abt. 10 Mk., 623. Abt. 10 Mk., 624. Abt. 10 Mk., 625. Abt. 10 Mk., 626. Abt. 10 Mk., 627. Abt. 10 Mk., 628. Abt. 10 Mk., 629. Abt. 10 Mk., 630. Abt. 10 Mk., 631. Abt. 10 Mk., 632. Abt. 10 Mk., 633. Abt. 10 Mk., 634. Abt. 10 Mk., 635. Abt. 10 Mk., 636. Abt. 10 Mk., 637. Abt. 10 Mk., 638. Abt. 10 Mk., 639. Abt. 10 Mk., 640. Abt. 10 Mk., 641. Abt. 10 Mk., 642. Abt. 10 Mk., 643. Abt. 10 Mk., 644. Abt. 10 Mk., 645. Abt. 10 Mk., 646. Abt. 10 Mk., 647. Abt. 10 Mk., 648. Abt. 10 Mk., 649. Abt. 10 Mk., 650. Abt. 10 Mk., 651. Abt. 10 Mk., 652. Abt. 10 Mk., 653. Abt. 10 Mk., 654. Abt. 10 Mk., 655. Abt. 10 Mk., 656. Abt. 10 Mk., 657. Abt. 10 Mk., 658. Abt. 10 Mk., 659. Abt. 10 Mk., 660. Abt. 10 Mk., 661. Abt. 10 Mk., 662. Abt. 10 Mk., 663. Abt. 10 Mk., 664. Abt. 10 Mk., 665. Abt. 10 Mk., 666. Abt. 10 Mk., 667. Abt. 10 Mk., 668. Abt. 10 Mk., 669. Abt. 10 Mk., 670. Abt. 10 Mk., 671. Abt. 10 Mk., 672. Abt. 10 Mk., 673. Abt. 10 Mk., 674. Abt. 10 Mk., 675. Abt. 10 Mk., 676. Abt. 10 Mk., 677. Abt. 10 Mk., 678. Abt. 10 Mk., 679. Abt. 10 Mk., 680. Abt. 10 Mk., 681. Abt. 10 Mk., 682. Abt. 10 Mk., 683. Abt. 10 Mk., 684. Abt. 10 Mk., 685. Abt. 10 Mk., 686. Abt. 10 Mk., 687. Abt. 10 Mk., 688. Abt. 10 Mk., 689. Abt. 10 Mk., 690. Abt. 10 Mk., 691. Abt. 10 Mk., 692. Abt. 10 Mk., 693. Abt. 10 Mk., 694. Abt. 10 Mk., 695. Abt. 10 Mk., 696. Abt. 10 Mk., 697. Abt. 10 Mk., 698. Abt. 10 Mk., 699. Abt. 10 Mk., 700. Abt. 10 Mk., 701. Abt. 10 Mk., 702. Abt. 10 Mk., 703. Abt. 10 Mk., 704. Abt. 10 Mk., 705. Abt. 10 Mk., 706. Abt. 10 Mk., 707. Abt. 10 Mk., 708. Abt. 10 Mk., 709. Abt. 10 Mk., 710. Abt. 10 Mk., 711. Abt. 10 Mk., 712. Abt. 10 Mk

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. September.

Massenelend und Gebärzwang.

In einer Zeit, wie der jetzigen, wo sich die wirtschaftlichen Nöte in einem gewaltigen Ausmaße auswirken, spielt die Zahl der Familienmitglieder eine größere Rolle denn je. Es war deshalb ganz selbstverständlich, daß ein so wichtiges Thema „Massenelend und Gebärzwang“, das in einer von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen Frauenversammlung am Mittwoch abend behandelt wurde, die Frauen in außerordentlich großer Zahl herbeizog. Der kleine Saal des Gewerkschaftshauses reichte bei weitem nicht aus, die anstürmenden Frauen zu fassen, und so mußten viele wieder umkehren. Die aber wirklich in dringlichster Weise einen Platz erwirbt hatten, wurden dann auch voll entschädigt. Die Landtagsabgeordnete Genossin Frau Marie Kunert behandelte das Thema in schlichten, ernsten Worten und erzielte damit einen nachhaltigen Eindruck auf die Versammelten. Ein erschütterndes Kapitalistisches Gesellschaftsleben der Vortragenden zur Verfügung. Sie wies darauf hin, wie ein Widerstand der Wirtschaftswang bedeutet. Es gibt nichts Schöneres als eine Mutter in Kreise gesunder Kinder. Und doch häufen sich in den letzten Jahren die Fälle immer mehr, wo nicht nur ältere Frauen, sondern auch Jungverheiratete beim Arzt erscheinen und um Unterbrechung der Schwangerschaft nachsuchen. Immer sind es wirtschaftliche Ursachen, die die Frau zu diesem Schritt veranlassen. Wohnungsnot, Nahrungsnot, Arbeitslosigkeit sind in proletarischen Familien die Triebkräfte für ein schmerzliches Verzicht auf Kinderleben. Doch die §§ 218 und 219 des bürgerlichen Gesetzbuches verbieten wohl der Frau als auch dem Mann bei schweren Strafen, die Unterbrechung zu unterbrechen. Trotz der Strenge des Gesetzes haben die Schwangerschaftsunterbrechungen gegenwärtig einen Umfang angenommen, der sich nach sachverständigen Urteil kaum noch steigern läßt. Da diese Eingriffe jedoch nicht von sachverständigen Ärzten, sondern von Pfuschern, sanitären Devisen, oder gar von der Frau selbst vorgenommen werden, wächst die Zahl der dahinsinkenden Frauen ins Ungemeine. So vernichten diese Gesetzesparagrafen mehr Menschenleben als sie erhalten. Von großer Bedeutung, sowohl für die gewollte als auch die ungewollte Schwangerschaftsunterbrechung, ist auch die Frauearbeit. Eine volle Kinderzube vertritt sich jedoch mit der kapitalistischen Wirtschaft. Die Gebärfähigkeit der Frauen hat auch erheblich abgenommen. Aber auch die Mangel der Gesundheitspflege lassen manche Frau vor einer Entbindung zurückbleiben. Oft ist es auch die Furcht vor erblichen Krankheiten.

Die Abtreibungsparagrafen sind Ausnahmebestimmungen gegen die Proletarierfrau, denn die Bourgeoisfrau geht in ein Sanatorium und läßt sich von der unangenehmen Last befreien. Bereits vor zwei Jahren hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstags einen Antrag eingebracht, daß die Unterbrechung der Schwangerschaft dann straflos sein soll, wenn sie in den ersten drei Monaten und von sachverständiger Hand erfolgt. Es handelt sich hier um eine Frage von allgemeiner Kultur- und Gesundheitsbedeutung. Mit einer veränderten Haltung können wir die Schicksale der Zukunft nicht schlagen. Darum ist diese Frage für unsere Partei zu einer brennenden geworden. Ganze Schichten des Mittelstandes sind in das Proletariat und ganze Schichten des Proletariats sind in das Lumpenproletariat hinabgeraten. Infolge dieser Zustände haben wir ein erschütterndes Kinderelend. Eine Unmenge von Kindern, auch im jüngsten Alter, bekommen keinen Tropfen Milch. Ein Drittel der Berliner Kinder, die das 14. Lebensjahr erreicht haben, können nicht in das Erwachsenenleben treten, weil sie zu schwächlich sind. Ungeachtet solcher Verelendung ist doch die Geburt von mehreren Kindern ein Verhängnis. Keine Frau sollte gezwungen werden, Kinder in die Welt zu setzen, die doch an Lebensmitteln und Wärmemangel zugrunde gehen müssen. Eine unehrliche Barbarei ist es, wenn man trante Frauen zwingt, Kinder zu gebären. Es ist ein wahrer Hohn, daß sich die heutige Gesellschaft des Ungeborenen so warm annimmt, während die Geborenen verkommen und verhungern. Die Sozialdemokratie verlangt keine heillosen Abtreibung, sondern sie fordert, daß der Arzt helfen soll, wo es gewährt wird. Vor allem aber müssen Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft im ganzen Maße bekannt gegeben und unentgeltlich abgegeben werden. Wir verlangen aber auch Arbeiterinnenbildung, Reform der Geburtshilfe, Entbindungsanstalten usw. Wenn alles geschehen würde, was geschehen könnte, dann könnten hunderttausende von Frauen vom Säckel gesteuert werden. Unser Hauptfeind aber ist der Kapitalismus. Wenn wir an seine Stelle die sozialistische Gesellschaft gesetzt haben, dann wird man von ganz anderen Voraussetzungen an diese Frage herangehen. Alle Frauen müssen mithelfen, der Frau das Recht über sich selbst zu erkämpfen. Bewußter Beifall dankte der Rednerin für ihre trefflichen Ausführungen.

In einer längeren Ausprache wurden die Frauen darauf hingewiesen, daß sie in Zukunft von ihrem Wahlrecht den richtigen Gebrauch machen mögen; denn in der Frage des Gebärzwanges sind sich alle Frauen einig. Die Befreiung der Schwangerschaften

aber ist eine Maßfrage der Partei im Parlament. Nur Frau Kunert von der kommunistischen Partei glaube an dem Vortage, in pöblicher Weise die gesamte Materie, Kritik über die Tatkraft hin, daß sich überall im Reich auf diesem Gebiete auch die Kommunisten mit der Sozialdemokratie einig seien. Einen anderen Standpunkt zu vertreten, blieb allein Frau Kunert vorbehalten.

Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, die vom Reichstag verlangt, daß die Abtreibungsparagrafen so abgeändert werden, wie es von der Sozialdemokratischen Partei gewünscht wurde.

Die Versammlungsleiterin Genossin Klara Zils wies die Frauen auf die Notwendigkeit hin, daß sie von ihrem Wahlrecht den richtigen Gebrauch machen und die Frauen und Männer in das Parlament schicken, die die Interessen der Frauen schon immer vertreten haben. Diese Vertreter der Fraueninteressen sind nur bei der Sozialdemokratischen Partei zu finden; denn aus den hitzigen Parteien und Lagern von deren Frauen wird der Abänderung der Abtreibungsparagrafen erheblicher Widerstand entgegengebracht. Darum stützt die Reihen der Sozialdemokratie!

Montag, den 1. Oktober, abends 7 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Volksversammlung statt. Es werden sprechen:

- 1. Frau Landtagsabgeordnete Genossin Wogscheider über „Sozialdemokratische Schul- und Kulturpolitik.“
2. Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Löwenstein über „Staatsschule oder Kirchenschule?“

Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 200.000 M. erhoben. Arbeitslose Parteimitglieder haben freien Zutritt. Die Vertreter der staatlichen und kirchlichen Schulverwaltung sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Alle Arbeiter, Genossen, auch in diese Versammlung, in der von bekannten Parteiführern Zeugnis abgelegt werden wird über die Kulturpolitik der SPD.

Konjunkturgenossenschaften und Goldrechnung.

Vorstand und Ausschuss des Konjunkturverbands deutscher Konjunkturgenossenschaften in ihrer gemeinsamen Sitzung am 17. September in Bonn über die gegenwärtige Konjunktur einmütig folgende Entschlüsse gefasst:

Der Vorstand und der Ausschuss des Konjunkturverbands deutscher Konjunkturgenossenschaften ist durch die Wirkung der Preissteigerungsvorgänge in Verbindung mit der sozial berechtigenden Geldentwertung das Vertriebskapital und die Warenbestände der Konjunkturgenossenschaften, die mehr als die Hälfte der industriellen Bevölkerung mit Rohstoffen versorgen, auf ein durchaus unzulängliches Maß reduziert worden sind, und daß infolgedessen die Ernährung des deutschen Volkes auf das Äußerste gefährdet ist. Der Vorstand und der Ausschuss empfiehlt daher den Konjunkturgenossenschaften, die Warenabgabepreise auf Goldbasis zu stellen, den Papiermarkkurs mittels Multiplikatoren zu bestimmen und in den Verteilungsstellen möglichst eine vollständige Käufersabrechnung vorzunehmen. — Die Reichsregierung wird aufgefordert, die Preissteigerungsvorgänge so abzuändern, daß den letzten Verkäufern und Verteilern von Lebensmitteln und notwendigen Bedarfsartikeln die Anwendung der Goldmarkkalkulation bei der Festsetzung der Warenabgabe- oder Verkaufspreise nicht erschwert wird.

Dazu bemerkt die „Konjunkturgenossenschaftliche Rundschau“ in einer Erklärung dieses Beispiels u. a.: Wenn die Konjunkturgenossenschaft in normalen Zeiten eine Ware für 100 M. einfaufte, dann gab sie sie nicht für 75 M. oder 25 M. ab, wie das bislang recht häufig geschah und entsprechend widerwärtigen Beschränkungen wohl auch geziehen wurde, sondern für 100 M. plus einem Zuschlag, der die Unkosten und die Mittel zur Erhaltung des Geschäftsbetriebs sicherte. Auf alle Fälle wurde der Preis so gestaltet, daß mindestens das gleiche Quantum Ware für den Erlös wieder beschafft werden konnte. Geschäftslente, die anders verfuhr, waren Schwindler oder Bankrotteure. Inbutrie und Großhandel, Produzenten und Warenvermittler aller Schattierungen denken schon längst nicht mehr im Traume daran, sich in entwertetem Gelde bezahlen zu lassen oder ihre Preise nach den Vorschriften zu bemessen, die man denen aufzwingt, die mit dem Verbraucher verkehren. Dabei müssen letzte Verteiler und Aufkäufer zugrunde gehen. Wenn nicht schnellig nach den Weisungen des Vorstandes und des Ausschusses verfahren wird, dann können in ein paar Wochen die Konjunkturvereine einen Punkt hinter ihre Tätigkeit machen — sie sind erledigt. Was das bedeutet, sollen unsere Freunde im Lande bedenken, denen Wohl und Wehe der organisierten Verbraucher anvertraut sind; das sollen auch die verantwortlichen Organe des Staates sich vor Augen führen.

Kleingartenpacht nach Kartoffelwährung.

Der Magistrat hat die Pachthöchstpreise für Kleingarten- und Kleinpachtland für den Stadtkreis Breslau neu festgelegt und ist dabei zur Kartoffelwährung übergegangen. Es bleibt den Vertragspartei überlassen, den Zeitraum für die Zahlungen zu vereinbaren. Wer, der Vereinbarung entsprechend, den Pachtzins auf ein ganzes Jahr zu zahlen hat, für den errechnet sich der Pachtzins nach dem Durchschnitt der letzten sechs Kartoffelernterwartungen, die dem Jahr vorangehen, bei vierteljährlicher oder halbjährlicher Zahlung nach dem Durchschnitt der letzten sechs Kartoffelernterwartungen vor dem Vierteiljahr oder Halbjahr. Nachzahlungen und Änderungen sind für den vereinbarungsgemäß abgegoltenen Zeitraum ausgeschlossen, selbst wenn die Notierungen der Kartoffel inzwischen in die Höhe gehen oder sich anderweitig ändern sollten. Hinsichtlich der Vertragsparteien ist den jeweiligen Kartoffelernterwartungen anzupassen, dann müssen kürzere Zeiträume, etwa vierteljährliche Zahlungen, vereinbart werden. — Bezüglich der weiteren Einzelheiten wird auf die Bekanntmachung im Breslauer Gemeindeblatt vom 30. d. Mts. verwiesen.

Eltern und Freunde der Arbeiterjugend!

Am 7. Oktober, am 28. September, findet am 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Viktoriaschule, Blücherstraße, durch eine Begrüßungsfeier eingeleitet wird. Dazu laden wir alle Eltern, Freunde und Bekannten recht herzlich ein. Chorgesänge, Rezitationen, Vorträge und das Jugendspiel „Zug der Freude“ werden den Abend schön gestalten. Eintritt für Jugendliche 2.000.000, für Erwachsene 4.000.000 M.

Verwendung im städtischen höheren Schulwesen.

Aus Pädagogikern wird uns geschrieben: Die Finanznot der Stadt ist aus höchst geliebten! Mit Recht gilt daher Sparmaß als das dringende Gebot der Stunde. Zweifellosermaßen sind auch auf verschiedenen Gebieten der städtischen Verwaltung erhebliche Anstrengungen gemacht, durch Vereinfachung und Umorganisation der Verwaltung zu sparen. Nur das höhere Schulwesen scheint hierbei in gewisser Hinsicht eine Ausnahme zu machen. Aber die neuesten Verhältnisse der städtischen höheren und mittleren Schulen sind näher anzusehen, kann da merkwürdige Dinge feststellen. Da werden an gewissen Schulen zahlreiche Klassen unterhalten mit Schülern, die man an den Fingern abzählen kann. So werden am Gymnasium und Realgymnasium zum heiligen Geist 5 Klassen mit 5 bis 11 Schülern auf, so daß die Stadt für zusammen 17 Schüler 5 Klassen mit etwa 7 Lehrern bezahlt. Ähnlich liegt der Fall bei der Ceciliafschule, wo für 37 Schülerinnen 4 Klassen mit etwa 5 Lehrern unterhalten werden. Dazu studiert man die Schülerlisten in den einzelnen Klassen! Wir empfehlen dieses Studium dringend dem Herrn Kammerer und dem Herrn Stadtschulrat Lauterbach. In der Ceciliafschule z. B. sind da von Sexta aufwärts je 2 Klassen mit nur 24, 27, 26, 23 Schülern eingerichtet.

Es müßte nun eigenmächtig an, daß sich die Stadt solchen Luxus nur bei den Schulen leisten, die mehr von den „gehobeneren“ Schichten besucht werden, daß sie dagegen in den Schulen, die mehr den Arbeitern und sogenannten Neuen Leuten dienen, die Kinder in überfüllten Klassen zusammenpfercht. Man sehe sich daraufhin z. B. die Mittels- und Realschulen an! Schlicht liegt doch auch eine erhebliche Ungerechtigkeit darin, daß an manchen Unfällen die Lehrer jahraus, jahrein den überaus anstrengenden Unterricht in überfüllten Klassen von 40 bis 50 Schülern erteilen müssen, während an anderen Schulen dauernd halb- oder drittelvolle Klassen unterrichtet werden. Das natürlich vom pädagogischen Standpunkt aus kleine Klassen vorzuziehen sind, ist selbstverständlich, nur soll man dann gleichmäßig verfahren und nicht bei den einen Anstalten Privilegien schaffen und bei den andern das Gebot der Stunde „Spartanerkunft“ anwenden.

Notförei aus der Patheischen Stiftung.

Mitten im Herzen Breslaus befindet sich die Patheische Stiftung. Sie gewährt 14 alten alleinstehenden Breslauer Bürgern über 60 Jahre alt, freie Wohnung und 40 Mark monatlich als Verpflegungsgeld. Aber auch hier ist die Sorge eingetreten und die Inassen befinden sich in bitterer Not. Alles ehemalige arbeitssame Breslauer Bürger, die gebadeten, in ihrem Alter noch ein paar Jahre ruhig in der Pastal leben zu können. Die Stiftung kann nicht mehr geben, weil das Vermögen nicht gemessen ist. Wenn auch das Wohlfahrtsamt einen Zuschuß für Verpflegung leistet, so sind die Inassen doch auf die Wohlthätigkeit bemittelter Bürger angewiesen. Die Patheische Stiftung, Breitestraße 35, für alte familienlose Bürger, wurde im Jahre 1836 von dem Breslauer Bürger Gottfried Ferdinand Pathe gegründet und hat bis heute allen Inassen große Wohlthaten erwiesen. Aber jetzt muß ein Mahnruf an opernwilige Mitmenschen gerichtet werden, mit der Bitte: „Helft, helft“, laßt Eure alten Mitbürger nicht im Stich, laßt sie nicht langsam verhungern. Darum helft bald. Zuwendungen nimmt entgegen das Vortheeram: Krause, Friedrichstraße 30, Postfachkonto 54721. Girokonto 234 der städtischen Sparkasse.

Vergangene Dolchstöße.

Vom Segen der Monarchie.

Im „Echo“, dem Blatt der jungen Demokraten, lesen wir diese Hinweis Dr. Alfons Hildebrandts. Ein Kommentar ist überflüssig. Die Redaktion.

Der Große Kurfürst fiel für den Preis von 600.000 Gulden seinen deutschen Landsleuten, die das Elend vertrieben, in den Rücken. So kam das Elend zu Frankreich.

Friedrich der Zweite, der Große, geht selbst in seiner Geschichte der Schlesiens Kriege ein, daß er durch seine Kriege gegen Österreich das Elend den Franzosen erhalten habe.

Friedrich Wilhelm der Dritte erklärte 1813, ehe er durch das selbständige Handeln seines Volkes zum Anschluß an Rußland gezwungen war, er wolle lieber über einen Teil seiner Lande herrschen von Napoleons Gnaden, als über das ganze Land von Volkes Gnaden.

Kurfürst Carl Theodor von Bayern versprach 1778 im Vertrag zu Wien, den größten Teil Bayerns abzutreten. Die Verfolgung für seine unehelichen Kinder war der Preis, den Österreich bezahlen sollte.

1794 hat der gleiche Mittelschaber, nachdem der obige Plan mißglückt war, Bayern zum Kaufe gegen einen Teil der Niederlande und den Titel eines Königs von Burgund.

1848 beantragte der bayerische König seinen Gefandten in London, England als Mitgaranten der Wiener Bundesakte zu einem Einmarsch gegen die Einigungsversuche der Frankfurter Nationalversammlung aufzufordern.

Am das Jahr 1800 bestand das Kurfürstentum Bayern nur aus dem wirtlich von Bayern bewohnten Gebieten, aus Oberbayern, Niederbayern und einem Teile der Oberpfalz. Für seinen Anschluß an Napoleon erhielt es 1803 die Kammererben Gebiete der Bistümer Würzburg, Bamberg, Regensburg und Freising, Eichstätt und Passau, und dazu noch dreizehn reichs-

unmittelbare Bistieren und fünfzehn Städte in Schwaben und Franken.

Für die weitere Hilfe, die Bayern Napoleon leistete in seinem Kampfe gegen den deutschen Kaiser, erhielt es 1805 eine erneute Vernehmung seines Gebietes um 500 Quadrarmeilen, Landstriche, die wiederum zum größten Teile von Schwaben und Franken, also Reichsbayern, bestanden waren.

Als höchste Belohnung für die gegen Deutschland geleisteten Verdienste erhielt schließlich der bayerische Kurfürst am 1. Januar 1806 aus den Händen Napoleons, der zu diesem Zweck nach München gekommen war, die Königskrone.

Die Leiche im Flugzeug.

Auf Ersuchen der Münchener Polizei hat die Polizei in Budapest ein Flugzeug beobachtet, das auf der Fahrt nach Konstantinopel über Budapest fliegen sollte. Tatsächlich traf der fignakkerische Apparat in Budapest ein und landete auf dem Flugplatz. Im Flugzeug befand sich ein Mann in Zivil. Es wurde festgestellt, daß dieser Mann die Leiche eines neunjährigen türkischen Mädchens Mia Humia Smit, den die Familie auf diesem Wege von München, wo das Kind starb, nach Konstantinopel sendet, damit es in geweihter Erde ruhe.

Zwei Ballons vom Blitz verbrannt.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß sich bei der Gelegenheit der Abfahrt der Luftballone zum Internationalen Gordon-Bennett-Wettbewerb ein schweres Unglück ereignete. In dem Augenblick, als die letzten Ballone starteten, brach ein Gewitter los. Es blieb nicht über Brüssel stehen, sondern wandte sich nach Norden, d. h. nach der Richtung, die die bereits gestarteten Ballone genommen hatten. Der Ballon „Polar“ mit den spanischen Luftschiffern Gomez Guzman und Cananda an Bord wurde vom Blitz in Flammen gesetzt. Durch einen überaus glücklichen Zufall verbrannte der Ballon nicht auf der Stelle, und nur

einer der Piloten wurde getötet, während der andere, Guisamon, abstürzte und mit einem Beinbruch davontam. Man glaubt jedoch, daß er schwere innere Verletzungen erlitten hat. Das Unglück ereignete sich über der Stadt Hesst op den Berg in der Provinz Antwerpen. Der verletzte Pilot wurde in das Hospital von Hesst gebracht.

Außerdem ist noch ein zweiter Ballon dem Unglück zum Opfer gefallen. Es handelt sich um den Schweizer Ballon Geneve mit den Piloten Grüniger und Wehren an Bord. Auch dieser Ballon wurde vom Gewitter überfallen und durch einen Blitzschlag getroffen, so daß er auf der Stelle verbrannte. Die beiden Piloten flüchteten mit dem brennenden Ballon ab und waren auf der Stelle tot.

Stadttheater.

Tanzabend Balista Gert.

Diese Künstlerin zu sehen, ist ein hoher Genus. Ballettmeister Rhyllimus ist die Konsequenz ihrer hohen Kunst. Keine Geste zu viel, keine Überflüssigkeit. Was sie in der Bewegung des Tanzes zeigt, ist so fein abgestimmt, so sicher abgemessen, daß Wünsche schlichtweg nicht mehr übrig bleiben. Sie kann begeistern. Sie kann aber auch härteste Eindrücke hervorufen, die an ihrem letzten Abend besonders bei den Worten „Lebensfreude“ und „Tod“ in Erregung traten. Hier sah man nicht Tanzgebäude, nicht die Schönheit der Linie in der Bewegung. Hier sah man nur knappe Geste von feinsten Empfindungen in der Bewegung. Ob die Tänzerin ihre Motive aus dem Alltag oder der Kunst holt, immer sind sie künstlerische Vollendung, immer haben sie eine besondere Note.

Balista Gert ist eine Persönlichkeit. Ihrer Kunst war harter Erfolg beschieden, der sich nach einem fünfjährigen Tanz am französischen Hofe zeigte. Wir wünschen, sie bald wieder zu sehen.

Kurzgefaßte?

Wie fruchtbar noch manche Stellen, bei denen man berufsmäßig schon weitgehendste Menschlichkeit voraussetzen dürfte, handeln, zeigt nachstehend geheimer Vorgesang: Ein Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Frau Th., begab sich vor einigen Tagen mit einem Verpflichungsbchein, ausgestellt von der A.O.K. nach dem St. Georgs-Krankenhaus, um eine dringende Operation an ihrem erkrankten Kinde vornehmen zu lassen.

Das hiesige Kommunalkassier ist abermals auf 8 Tage verboten worden. — Die rechtsbolschewistische „Tagespost“ ist dafür ihre Hehe ungehindert weiter.

Schulanfänger 1924. Für die Sammelstellen sind schon jetzt die Schulanfänger Ostern 1924 in den Amtszimmern dieser Schulen anzuweisen. Inzwischen ist mitzubringen. Sammelstellen sind in folgenden Schulgrundstücken: Polzer Straße, Waterloostraße, Ofener Straße.

Die Mitglieder des Breslauer Volkstheaters erhalten für den am Montag abend im Stadttheater stattfindenden Kammermusikabend des Wagner-Trios gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte bei der Kongressdirektion Hoppe eine Ermäßigung von 50-70% auf die verschiedenen Plätze.

Reiseide auf Gas, Wasser- und Stromrechnungen werden zur Erparung der hohen Portofokosten von der städtischen Betriebsverwaltung künftig allgemein bei der Monatsabrechnung durch den Lieferant gestellt werden.

Der Kohlenhändler Wilhelm Tschape, Goethe-Straße 137, ist wegen Unzuverlässigkeit von der Belieferung und dem Vertriebe von Kohlen bis auf weiteres ausgeschlossen worden.

Besorgen hat der Arbeiter August Kändig, Schießwerdenstraße 57, am Mittwoch gegen 11 Uhr, vermutlich auf der Müllbergstraße, 120 Millionen in 20 Millionen Scheinen. Der christliche Finder wird um Rückgabe gebeten.

Die Firma Simon Bernhard Vost, Jurnier-Fabrik und Sägemühle, ist in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden.

Ueber Mystik, Spiritismus, Suggestion und Hypnose sprach Maria Jahng am Freitag abend im Pöschkeaal in der Louisestraße. Seiner Einladung waren über hundert Personen gefolgt, die aus allen Schichten und Jahrgängen der Bevölkerung stammten. Herr Jahng ist kein blendender Redner, der durch die Form seines Vortrages seine Zuhörer im Bann hält.

Ueber die Frage des Lebens im Jenseits sprach Herr Jahng am Freitag abend im Pöschkeaal in der Louisestraße. Seiner Einladung waren über hundert Personen gefolgt, die aus allen Schichten und Jahrgängen der Bevölkerung stammten.

Ueber die Frage des Lebens im Jenseits sprach Herr Jahng am Freitag abend im Pöschkeaal in der Louisestraße. Seiner Einladung waren über hundert Personen gefolgt, die aus allen Schichten und Jahrgängen der Bevölkerung stammten.

Ueber die Frage des Lebens im Jenseits sprach Herr Jahng am Freitag abend im Pöschkeaal in der Louisestraße. Seiner Einladung waren über hundert Personen gefolgt, die aus allen Schichten und Jahrgängen der Bevölkerung stammten.

Ueber die Frage des Lebens im Jenseits sprach Herr Jahng am Freitag abend im Pöschkeaal in der Louisestraße. Seiner Einladung waren über hundert Personen gefolgt, die aus allen Schichten und Jahrgängen der Bevölkerung stammten.

Ueber die Frage des Lebens im Jenseits sprach Herr Jahng am Freitag abend im Pöschkeaal in der Louisestraße. Seiner Einladung waren über hundert Personen gefolgt, die aus allen Schichten und Jahrgängen der Bevölkerung stammten.

Ueber die Frage des Lebens im Jenseits sprach Herr Jahng am Freitag abend im Pöschkeaal in der Louisestraße. Seiner Einladung waren über hundert Personen gefolgt, die aus allen Schichten und Jahrgängen der Bevölkerung stammten.

Ueber die Frage des Lebens im Jenseits sprach Herr Jahng am Freitag abend im Pöschkeaal in der Louisestraße. Seiner Einladung waren über hundert Personen gefolgt, die aus allen Schichten und Jahrgängen der Bevölkerung stammten.

Ueber die Frage des Lebens im Jenseits sprach Herr Jahng am Freitag abend im Pöschkeaal in der Louisestraße. Seiner Einladung waren über hundert Personen gefolgt, die aus allen Schichten und Jahrgängen der Bevölkerung stammten.

Ueber die Frage des Lebens im Jenseits sprach Herr Jahng am Freitag abend im Pöschkeaal in der Louisestraße. Seiner Einladung waren über hundert Personen gefolgt, die aus allen Schichten und Jahrgängen der Bevölkerung stammten.

Ueber die Frage des Lebens im Jenseits sprach Herr Jahng am Freitag abend im Pöschkeaal in der Louisestraße. Seiner Einladung waren über hundert Personen gefolgt, die aus allen Schichten und Jahrgängen der Bevölkerung stammten.

Ueber die Frage des Lebens im Jenseits sprach Herr Jahng am Freitag abend im Pöschkeaal in der Louisestraße. Seiner Einladung waren über hundert Personen gefolgt, die aus allen Schichten und Jahrgängen der Bevölkerung stammten.

Ueber die Frage des Lebens im Jenseits sprach Herr Jahng am Freitag abend im Pöschkeaal in der Louisestraße. Seiner Einladung waren über hundert Personen gefolgt, die aus allen Schichten und Jahrgängen der Bevölkerung stammten.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Erwerbslosenfürsorge im August.

A. Unterstützende Erwerbslosenfürsorge.

Es meldeten sich im Ganzen Männer 6180, Frauen 3413, zusammen 9593. Anträge wurden aufgenommen von Männern 4460, darunter Jugendliche 26; von Frauen 2225, darunter Jugendliche 164; zusammen 6685.

Durch Entziehungen und Annahme von Arbeit schieden aus: Männer 1699, darunter Jugendliche 2; Frauen 579, darunter Jugendliche 33.

Bestand an Unterstützungsempfangern am 31. August 1923: männlich 4235, darunter Jugendliche 119, weiblich 2813, darunter Jugendliche 100.

Die Zahlen der im Ganzen im Arbeitsnachweis Meldenden, also auch der Nichtunterstützten, betragen im Laufe des Monats August 10 231 Männer, 7906 Frauen.

An Unterstützungen wurden für 126 958 Unterstützungsstage gezahlt 54 900 747 631 M. Ueberhaupt sind bisher gezahlt worden 58 903 258 917 M. An Krankenfallbeiträgen sind im August gezahlt worden für Hauptunterstützungsempfangern 32 966 730 M., für Kurzarbeiter 33 835 935 M. An Zulagenunterstützungen gemäß § 9, Abs. 2 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 26. Januar 1920 wurden gezahlt an 1451 Männer und 1157 Frauen zusammen 2 632 650 M.

Von 264 Firmen wurden Anträge auf Zulagenunterstützung für 4995 kurzarbeitende Personen mit insgesamt 14 504 Einzelanträgen gestellt.

Der Bestand an Zulagenunterstützungsempfangern betrug am Ende des Berichtsmontats 2908.

Aus der Bekleidungsstelle der Erwerbslosenfürsorge sind an 294 Personen Bekleidungsstücke verabreicht worden, bisher insgesamt an 11 340 Personen.

Zum Bezuge verbilligter Lebensmittel wurden an Unterstützungsempfangern ausgegeben 5352 Bezugscheine über je ein Lebensmittelpaket.

Aus der Sammlung „Arbeitsgeberhilfe“ und „Wälder in Not“ sind 397 Geschenke über je ein Lebensmittelpaket ausgestellt worden.

Ferner wurden 6395 Bezugscheine, über je ein Bierpfundbrot lautend, zum Preise von 10 000 M. ausgegeben.

Reisezugheine für freie Fahrt nach dem Arbeits- oder Heimatort sind im Berichtsmontat 126, bisher überhaupt 5339, ausgestellt worden. Die hierfür aufzuwendenden Mittel betragen 27 671 840 M.

Die Kontrollmaßnahmen und Ermittlungen bei den Erwerbslosen an Ort und Stelle wurden fortgesetzt. Sie erfolgten im August in 631 Fällen, wovon auf die Ermittlungen 2665 und auf die Kontrollen 3648 entfielen.

Siebt Bezüge der Erwerbslosenfürsorge wurden wegen Urkundenfälschung und Betruges 406 Strafverfahren erhebt; es wurden 199 Männer und 33 Frauen, zusammen 232 Personen, verurteilt.

B. Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Im Berichtsmontat kamen zwei Monatsmaßnahmen zur Anwendung. Eine Maßnahme betraf die Anhebung eines Zulageersatzes und Weges an den Reichsfiskus 104,167 bis 111 in Millionen. Die Zulageersatz wurden durch die Verwaltung R.-B. auf 4 440 000 000 Mark erhöht, zu welchen eine Beihilfe aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Höhe von etwa 50 Prozent erhoben worden ist.

Die Arbeit sollte geeignet sein, etwa 25 Erwerbslose an zusammen 1120 Arbeitsstunden zu beschäftigen. Ferner war geplant, im Laufe des Rechnungsjahrs etwa 850 hundert Erwerbslose in den Bergbaubetrieben zu vermitteln und wurde zur Abführung der außerordentlichen Verwaltungskosten der übliche Zuschuß erbeten.

Im übrigen gelang es nur durch äusserer finanzielle Anstrengung der Stadtgemeinde, die laufenden Notstandsarbeiten aufrecht zu erhalten. So hatte der Gemeindevorstand der Stadtverordneten-Versammlung zur Fortführung der Notstandsarbeiten u. a. weitere 10 Millionen Mark bewilligt.

Beamtenversammlung.

Das Ortsamt des Deutschen Beamten-Bundes hatte die Breslauer Beamenschaft zu einer Kreis-Versammlung unter der Parole „Gegen die Beamtenhölle und den Beamtenabbau“ nach dem großen Saal des Schlegeltheaters einberufen. Der Saal war von einer Kopf an Kopf gedrängten Menge dicht besetzt.

Der Redner Herr Sieck behauptete eingehend die Notlage der Beamenschaft. Er wies dabei insbesondere auf den kolossalen Gehaltensrückgang der gesamten Arbeitnehmerhaft einleitend auf die Beamenschaft hin. Um besonders nachdruckvoll demonstrierte er, wie die vielen Millionen durch die ungeheure Preispolitik der produzierenden Kreise in ein Nichts zerfallen. Wer sind die allerschlimmsten Gegner gegen die Beamenschaft? Diejenigen, die erstens durch unverständliche Preise der Arbeitnehmerhaft das Leben bedrohen und zweitens durch schamlose Steuerdrückmaßnahmen auf der anderen Seite dem Reich die Mittel zur Wirtschaft entziehen. Gerade die Preise, die von diesen Kreisen abhängig ist und empfindlich wird, hat diese Heile gegen die Beamenschaft interniert und bis ins kleinste Winkelbündchen herabgelassen. Zum Schluss forderte er besonders dringlich die Berücksichtigung des Beamtenangelegenheiten, um der Beamenschaft die Möglichkeit zur Verbesserung entscheidender Fragen in der Beamenschaft zu gewährleisten. Nachstehende Entschließung wurde dabei angenommen:

Die am 25. September im Schlegeltheater verlassene Beamenschaft Breslauer weist mit Entschiedenheit die in der öffentlichen Presse gegen sie während der letzten Wochen erhobenen Vorwürfe und durch nichts gerechtfertigten Vorwürfe zurück. Die Beamenschaft hat sich bisher von keiner anderen Seite her Angriffen an ihrer Ehre und an ihrer Würde für das Vaterland überlassen lassen. Sie hat bis auf den heutigen Tag immer und immer wieder bewiesen, daß sie bereit ist, trotz aller Lässigkeiten Opfer immer wieder Opfer zu bringen. In wirtschaftlicher Beziehung aber ist sie unerschütterlich an ihrer Kraft.

Sie rücht deshalb auch energischen Protest gegen die Einstellung der wirtschaftlichen Voraussetzung der Beamten, weil diese Voraussetzung eine Verletzung der Rechte der Beamten bedeutet und sie eine berechtigte der Volksgenossen nicht zuzulassen und die Verantwortlichkeit nicht ausschaltende weitere wirtschaftliche Schicksalstellung der Beamten zur Folge hat. Auch wird die Beamenschaft den Entwürfen der Beamtenabbaugesetzes und die Art seiner Durchführung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen, weil auch diese Maßnahme eine Verletzung der Rechte der Beamten und durch die Verletzung geknüpfter Rechte darstellt. So wie die Beamenschaft bereit ist, mit aller ihr zu Gebote stehenden Macht die Verletzung und den Staat zu schützen, so ist sie aber auch gewillt, ihre wohlerworbenen Rechte bis zum äußersten zu verteidigen.

Wir sind uns unserer Rechte wohl bewußt. Und auch die Reichsregierung kennt sie: der Herr Reichsminister selbst erklärte es an, dass er zu den Vertretern der Beamtenorganisationen sagte: Der Staat und die Reichsregierung war sich auf Sie, meine Herren, verlassen können, damit es überhaupt möglich ist, aus dieser unheimlich und ungenüßlich so schweren Situation einen Weg ins Freie zu finden.

Die Regierung kann sich auf uns verlassen. Wir müssen uns aber auch auf die Regierung verlassen können, daß sie die Befassung, die wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln kämpfen wollen und wollen, nur allein auch in den Grenzen unserer Kräfte, durch die wir unsere wohlerworbenen Rechte gekämpft werden.

Unsere Spitzenorganisationen beauftragen wir im Bewußtsein der Beamenschaft in unserem Namen, mit aller Entschiedenheit die Rechte zu bekämpfen, die in jüngster Zeit zum Vorkommen gekommen, wenn die Beamenschaft angegriffen werden und im Schritt für Schritt das Beamtenvertrauen in ihrem Rechte zu lähmen und es abzubauen.

Zu bedauern ist, daß die Stimmung dieser Kreisversammlung wiederum wie eine Seifenblase zerfiel, weil weder der Referent noch die Verammlungsleitung die Konsequenz aus dieser scharfen Kritik der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, die auch die Beamenschaft so ungeheuer schwer belastet, den Verammelten gegenüber zu ziehen bemüht gewesen ist. Es wäre wahrscheinlich in einer Diskussion, die leider nicht stattfand, möglich gewesen, etwas tiefer zu schürfen und die Beamenschaft darauf aufmerksam zu machen, daß sie als Staatsbürger die Möglichkeit haben, durch Gebrauch ihrer politischen Rechte dieser unheimlichen Ausbeutung der Arbeitnehmerhaft aller Grade zu Leibe zu gehen.

Eine öffentliche Versammlung der Breslauer Eisenbahner.

Hatte der Deutsche Eisenbahner-Verband am Mittwoch nach Beendigung der sämtlichen Dienstreisen bei Menke einberufen, um der Kollegenschaft über die ernste wirtschaftliche Lage Bericht zu erstatten. Kollege Grohmann von der Ortsleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes Breslau hatte hierzu das Referat übernommen. Von Kollegen Gold eröffnet, wurde die außerordentlich stark besetzte Versammlung in höchst interessanter Weise die Ausführungen des Redners, der umfassend ein Bild der schweren wirtschaftlichen Not Deutschlands gab, die ihre Ursache nicht allein in dem Diktat von Versailles, sondern in der Steuerhölle der deutschen Besitzenden und in dem Ruhr-abbau haben. Ausführlich behandelte der Redner das Ruhrproblem, seine Auswirkungen auf die Ruhrbevölkerung und auf die deutsche Arbeiterkraft und zeigte die ungeheuren Opfer auf, die der Ruhrkampf Tag um Tag, Stunde um Stunde dem deutschen Volke auferlegt, ohne jede Aussicht einer zufriedenstellenden Regelung durch den passiven Widerstand, der nunmehr zu einer klumpigen Masse wurde. Der Redner begründete hierauf ausführlich die Maßnahmen, die die Reichsregierung veranlassen, den passiven Widerstand an der Ruhr einzustellen. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte er sich mit den Steuer-notwendigkeiten, die zur Rettung des Reiches erforderlich sind und deren rücksichtslose Durchführung nicht nur im Interesse der Regierung, sondern im Interesse des gesamten deutschen Volkes liegt. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth durch die Folgerziehungen des Ruhrkampfes glänzend gerechtfertigt sei und daß es die Aufgabe des deutschen Volkes darstelle, diese Politik nach jeder Richtung hin zu unterstützen und zu fördern.

In kritischer Weise sprach er hierauf die Auslastung des Reichszanklers Stresemann über die Existenzmöglichkeiten der deutschen Arbeiterkraft und wandte sich gegen dessen Versicherungen, daß die Arbeiterkraft die Friedensstimmung bereits erreicht habe. Er verwies im Verlauf dieser Ausführungen darauf, daß der VOB, als auch die sozialistische Arbeiterorganisation sich in starker Weise gegen eine solche falsche Auslegung der Existenzmöglichkeiten der deutschen Arbeiterkraft gewandt habe. Denn die Arbeiterkraft, deren Stärke weit hinter der Entlohnung der Friedenszeit stehen, ist in ihrer Kaufkraft verhältnismäßig geschwächt, und verkehrt täglich mehr und mehr, daß die Aufassung des Reichszanklers eine völlige Verkennung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten im Arbeiterhaushalt bedeutet und zu härtesten Unwillen herausfordern muß. Daß bei dem im Augenblick herrschenden Arbeitsmangel die bürgerliche Presse und namentlich die Sinnepresse sich auf eine Verleumdung der Arbeiterkraft festgelegt und diese bei jeder Gelegenheit predigt, ist eine Heuchelei, die den VOB veranlaßt, nach dieser Richtung hin eine deutliche Abfrage zu stellen.

Der Redner sprach im weiteren das Beamtenabbaugesetz und gab der Vernehmung Ausdruck, daß dieses Gesetz in einschneidender Weise für die mittleren und niederen Beamten zur Anwendung kommen dürfte. Er sprach weiter die letzten Lohn- und Gehaltsverhandlungen sowie die Lohnpolitik des VOB, der nunmehr eine Uteiltung für Lohn- und Tarifpolitik errichtet habe. In Lohnverhandlungen im Eisenbahnbereich und ihre technischen Möglichkeiten erläuterte er mit praktischen und klaren Beispielen und rief am Schluss die Verammelten zu ermutern und energischer Mitarbeit am Wohl des Staatsorgans, namentlich in der jetzigen Zeit, auf, wo wir vor schweren außen- und innenpolitischen Entscheidungen stehen.

In der Aussprache kam zunächst der Vertreter des VOB zum Wort, der den Ausführungen des Hauptreferenten in vollem Umfang zustimmte, für die Kampfstrategie seiner Gewerkschaft aber Behauptungen aufstellte, über die er sich im Schlußwort der Referenten eingehend belehren lassen mußte. Der Kommunist Kollege Jendius vom Deutschen Eisenbahner-Verband forderte den Sturz der Koalitionsregierung und die Ausrufung einer Arbeiterregierung (zur Abwechslung also der Arbeiter- und Bauernregierung, die von kommunistischer Seite sonst immer gefordert wird. VOB).

Im weiteren kamen noch zwei Redner zum Wort, die in eindringlicher Weise auf die im fassen Lande sich immer mehr bemerkbar machenden reaktionären Selbstschicksalsbedeutungen und die Arbeiterkraft zum Zusammenhalten vor der Reaktion auf forderte. In einem Schlußwort ging Kollege Grohmann auf alle in der Diskussion zu Tage getretenen Momente ein. Er riefte er ab, über tatsächliche Fragen der sozialdemokratischen Politik sich zu verbreiten, da diese einzig und allein vor dem Forum sozialdemokratischer Versammlungen gehören. Dem Gewerkschaftsreferenten des VOB zeigte er an der Hand von Beispielen die Wirtschaftspolitik der Spitzenvertreter dieser Organisation in gebührender Weise auf. Sein Appell an engem Zusammenhalt wurde mit Beifall aufgenommen. Kollege Gold verwies im Anschluß an die Ausführungen des Referenten weiter auf die Notwendigkeit, neben dem gemeinschaftlichen Kampf auch im politischen Kampf die nötige Auffassung aus der Arbeiterpresse zu holen und sich hierauf die gut besetzte Versammlung, die für die Breslauer Eisenbahner einen vollen Erfolg bedeutet.

Breslauer Produktendörfe vom 27. September.

Täglich Notierungen der an der Breslauer Produktendörfe vom 27. September tatsächlich gezahlten Preise ab schließlicher Verabfassung netto Kaffe Zug um Zug. Getreide: Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Weizenmehl, Roggenmehl, Auszugmehl.

Table with 4 columns: Getreide, Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Weizenmehl, Roggenmehl, Auszugmehl. Prices listed in M and P.

Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt: 27. 9. 28. 9.

Table with 4 columns: 1 amerikanischer Dollar, 1 englischer Pfund, 1 französischer Franc, 1 holländischer Gulden, 1 Schweizer Franc, 1 spanischer Real, 1 dänische Krone. Values listed in M and P.